Dienstag, 27. September 1932
Nr. 219. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

Sächsische Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Zum Kampf bereit!

Bezirkskonferenz der SAP Bezirk Schlesien

Schiedsspruch für den Ruhrbergbau

Essen, 25. September.

In dem Lohnstreit im Ruhrbergbau fällte der Schlichter, Prof. Dr. Brahn, einen Schiedsspruch, wonach der Lohntarif unverändert auf vier Monate verlängert wird. Das Mehrarbeitszeitabkommen wird lediglich mit einigen redaktionellen Aenderungen in den Rahmentarif aufgenommen, wodurch für das Mehrarbeitszeitabkommen die Kündigungsfrist des Rahmentarifs gültig wird. Der Rahmentarif ist erstmalig am 1. Februar 1933 zum 1. April 1933 kündbar.

Essen, 25. September.

Wie wir erfahren, werden die Arbeitgeber den Schiedsspruch über den Lohntarif ablehnen, dagegen die Regelung der Mehrarbeitszeit annehmen. Die Vertreter der Bergarbeiter werden dagegen den Lohnschiedsspruch annehmen, die Mehrarbeitszeitregelung jedoch ablehnen. Die Erklärungsfrist für die Parteien läuft bis zum 26. September.

Reichsanwalt Jorns wieder im Amt!

Leipzig, 26. September.

CNB. Nach längerer Unterbrechung trat heute Reichsanwalt Jorns zum ersten Male wieder öffentlich als Vertreter der Reichsanwaltschaft in der Sitzung des I. Strafsenats des Reichsgerichts auf. Jorns war, wie erinnerlich, im Zusammenhang mit seinem gegen den Journalisten Bornstein geführten Beleidigungsprozeß vorübergehend beurlaubt worden, betätigte sich aber seit längerer Zeit schon wieder im inneren Dienst.

•

Daß dieser Herr Jorns wieder am höchsten deutschen Gericht amtieren kann, das beleuchtet besser als irgendein anderer Vorgang den Zustand der deutschen Justiz. Reichsanwalt Jorns ist in dem Prozeß gegen den Journalisten Bornstein vor aller Welt ein für allemal enthüllt worden, denn es wurde festgestellt, daß er die Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs bewußt der gerichtlichen Verfolgung entzogen hat. Allen unseren Lesern wird dieser Prozeß und die große Anklagerede des Genossen Paul Levi gegen diesen Reichsanwalt noch in Erinnerung sein. Jetzt wird Jorns wieder amtieren und weiter Proletarier in die Gefängnisse und Zuchthäuser schicken. Wer es aber wagt, an dieser Justiz Kritik zu üben, der kann selbst mit diesen Gefängnissen und Zuchthäusern Bekanntschaft machen.

Blutige Unruhen in Ägypten

Kairo, 24. September.

Zwischen den beiden am Nil gelegenen Städten Sohag und Achmim bestanden seit langem Spannungen, die jetzt zu offenen Feindseligkeiten geführt haben. 3000 Einwohner Achmims haben sich in Schiffen nach Sohag begeben. Zwischen den Einwohnern der beiden feindlichen Städte kam es zu einem erbitterten Kampf. Ein großes Polizeiaufgebot ging unter Anwendung von Feuerwaffen gegen die kämpfenden Parteien vor, die sich in wilder Flucht in Sicherheit zu bringen versuchten. Viele der Kämpfer sprangen in ihrer Angst in den Nil. Bei den Zusammenstößen wurden 13 Personen getötet und etwa hundert verletzt. Die Polizei nahm rund 50 Verhaftungen vor.

Die politische Situation hat sich nach der Reichstagswahl vom 31. 7. wesentlich geändert. Drohte vor diesem Zeitpunkt der Faschismus in Deutschland unter Hitlers Führung sich bereits unmittelbar durchzusetzen, so hat nach diesem Zeitpunkt durch die Regierung Papen-Schleicher die Sozialreaktion der Schlotbarone und Krautjunker ihre Herrschaft zunächst direkt gefestigt.

Außerdem hat die Weltwirtschaftskrise bereits zu einer weiteren Verschärfung der imperialistischen Gegensätze und zu neuen Kriegstendenzen geführt, die insbesondere den einzigen Arbeiterstaat der Welt — Sowjetrußland — bedrohen. In dieser Richtung sind auch notwendigerweise die Aufrüstungsaktionen des deutschen Imperialismus, die Organisierung des Arbeitsdienstes sowie die Schaffung des Reichskartells zur Ertüchtigung der Jugend zu werten. Gegen alle diese Tendenzen hat die SAP den schärfsten Kampf zu führen.

Die Papenregierung hat ferner ein Wirtschaftsprogramm vorgelegt, das den kapitalistischen Ausweg aus der Krise eröffnen soll. Zunächst noch nicht durch den blutigen Terror der Nationalsozialisten, sondern durch Milliardengeschenke an die Großindustrie, durch verschärfte Ausplünderung der breiten Massen, durch Zerschlagung des Lohn- und Tarifsystems wird der Weg in die Barbarei fortgesetzt. Auf der Grundlage dieses Programms bereitet sich eine breite bürgerliche Front vor. Gegen dieses Programm muß sich der Kampf der gesamten Arbeiterklasse richten. Daß die Bourgeoisie ihre eigenen Gegensätze im gegenwärtigen Zeitpunkt in solchen Formen austragen kann, ist nur durch die Schwäche der Arbeiterbewegung möglich.

Diese Schwäche zu überwinden und die Arbeiterschaft geschlossen zum Kampf gegen das kapitalistische System auf revolutionärer Grundlage zu führen, ist und bleibt die Aufgabe der SAP.

Dieser Kampf kann nicht in einem Zeitpunkt, in dem die formale Demokratie erledigt ist, mit parlamentarischen Mitteln um ihrer selbst willen geführt werden. Die SAP benutzt diese Mittel nur zur Sammlung und Aufrüttelung der Kräfte der Arbeiterbewegung zur außerparlamentarischen Aktion. Wenn die SPD zum Volksbegehren als einem angeblich entscheidenden Kampfmittel aufruft, so ist demgegenüber festzustellen, daß diese parlamentarische Aktion selbst bei einem stimmenmäßigen Erfolg praktisch ohne Bedeutung bleiben muß; daß gegenüber der tatsächlichen Durchführung des Tarifbruchs und Lohnabbaus im September 1932 ein frühestens im Februar 1933 stattfindender Volksentscheid nur ein Manöver darstellt zur Ablenkung der Massen von entscheidenden Aktionen der Gegenwart.

Soweit diese Bewegung der Aufrüttelung der Massen dient, soweit die Massen durch sie wirklich mobilisiert werden, wird die SAP Volksbegehren und Volksentscheid unterstützen.

Die Bezirkskonferenz Schlesien der SAP fordert ebenso, daß die SAP — ohne die parlamentarischen Möglichkeiten zu überschätzen — sich auch jetzt an den Reichstagswahlen mit eigenen Kandidaten und eigenen Listen beteiligt.

Die SAP sieht ihre Hauptaufgabe in der Organisierung des außerparlamentarischen Kampfes gegen die Bourgeoisie, vor allem gegen die gegenwärtige Wirtschaftsdiktatur der Reichsregierung, die mit einem Scheinkonjunkturmanöver begründet wird. Nach wie vor ist die Nazibewegung, trotz ihrer gegenwärtigen Opposition gegen Papen, die Hauptstütze der Kapitalsdiktatur. Der Hitlerfaschismus muß daher unter Anprangerung seiner „sozialen" Demagogie, unter schärfster Ablehnung aller da und dort aus dem Lager des Reformismus kommenden Verständigungsversuche und unter schärfster Ablehnung nationalbolschewistischer Gedankengänge aufs nachdrücklichste bekämpft werden.

Unter Einsatz aller Kräfte gilt es, die Einheit der Arbeiterbewegung für den außerparlamentarischen Massenkampf herzustellen. Insbesondere ist die kartellmäßige Zusammenfassung der großen Arbeiterorganisationen für gemeinsame Aktionen zu erstreben. Dabei dürfen sich die Genossen der SAP nicht durch reine Parteiaktionen der KPD, die unter der falschen Flagge der Einheitsfront segeln, mißbrauchen lassen. Unsere Genossen haben darauf zu achten, daß den Kartellen stets konkrete Kampfaufgaben gestellt werden und daß zu ihrer Durchführung das Schwergewicht der Arbeit in die proletarischen Massenorganisationen gelegt wird. Unsere Genossen haben die Pflicht, dabei das Gesicht der Partei aufs deutlichste hervorzukehren.

Unter Ablehnung der von der KPD und RGO propagierten und immer wieder versuchten nutzlosen Sonderaktionen, die an den vorhandenen Massenorganisationen vorbeigehen, müssen unsere Genossen durch zähe und zielbewußte Einwirkung auf die Mitglieder und Anhänger der SPD und der Eisernen Front, wie der KPD und der Antifa alles daran setzen, um mit Hilfe und unter Einsatz der Gewerkschaften den Kampf gegen Tarifzerschlagung und Lohnraub auszulösen und mit Erfolg durchzuführen. Nicht durch verschwommene Rederei über Einheit, nicht durch Versuche zur Verkleisterung der bestehenden Gegensätze in der Arbeiterbewegung, sondern nur durch die Tat, durch den Kampf selbst kann die Einheitsfront des Proletariats hergestellt werden.

Nur in diesem Kampf kann auch die im Lager des Nationalsozialismus bereits vorhandene soziale Zersetzung gesteigert und nur so können die dort vorhandenen proletarischen Kräfte für den Kampf der Arbeiterklasse gewonnen werden.

Die SAP muß in allen diesen Kämpfen an der Spitze stehen.

In diesem Sinne haben sich alle Genossen in straffster Disziplin für die Partei einzusetzen. Sie dienen damit nicht nur der Partei, sondern der ganzen Klasse. Der völlige Untergang in der Barbarei kann nur verhindert werden durch den unmittelbaren Kampf zum Sturz des Kapitalismus und für die Herbeiführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

(Diese Entschließung wurde mit Ausnahme des Absatzes über die kommende Wahl, (gegen den vier Genossen stimmten) gegen eine Stimme angenommen)

Politisches Referat des Genossen Klaus Zweiling

auf der Bezirkskonferenz Breslau

Die gegenwärtige politische Situation wird gekennzeichnet durch die unumschränkte Diktatur der vom Junkertum und Großkapital getragenen Papenregierung. Das Charakteristische der gegenwärtigen Lage ist, daß die Nationalsozialisten in scharfer Opposition gegen die Papenregierung stehen, aber daß diese Regierung trotzdem ihre stärkste Stütze in der großen nationalsozialistischen Bewegung hat und alles tut, um durch den staatlichen Machtapparat, Justiz, Polizei, Schule, Kirche, Zulassung der SA die nationalsozialistische Bewegung zu unterstützen und zu fördern.

Dieser scheinbare Widerspruch findet seine Erklärung in der äußerst schwierigen Lage, in der sich die ganze kapitalistische Herrschaft infolge der gewaltigen, immer noch weiter ansteigenden Wirtschaftskrise befindet. Das Privatkapital kann nur noch existieren durch fortlaufende direkte materielle Unterstützung des Staates, durch riesige Subventionen, die aber materiell, wie auch politisch nur auf Kosten des Proletariats durchgeführt werden können.

Bei der Durchführung dieser ausschließlich gegen die Arbeiterklasse gerichteten Politik kann sich die Regierung nicht nur auf die Reichswehr, Polizei und Justiz stützen. Sie braucht dazu außerdem eine breite Massenbasis — die faschistische Massenbewegung. Das heißt aber, daß die faschistische Massenbewegung nur als Stütze, als Diener und Hausknecht benützt, nicht aber als selbst oder allein regierender Faktor zugelassen werden soll. Die Herren von Schrot und Korn, die Papen—Schleicher, wie Krupp und Duisberg wollen selbst herrschen. Sie wissen zu genau, was es heißt, den Staatsapparat in der Hand zu haben. Es ist daher nicht so, wie die KPD (u. a. Remmele) erklärt, daß Hitler nur deshalb nicht an die Macht gelassen würde, weil das Großkapital befürchtet, Hitler würde nach seiner Machtübernahme sofort die Massen enttäuschen und dadurch alle Arbeiter, auch seine eigenen Anhänger, zur KPD, zur Revolution treiben. Wäre das richtig, dann müßte jeder Revolutionär Hitlers Machtübernahme anstreben. Aber die Sache liegt viel komplizierter.

Die entscheidende Rolle spielt hier die soziale Zusammensetzung der Hitlerbewegung. Sie ist aus sehr heterogenen gegensätzlichen Elementen zusammengesetzt und besteht in ihrer Masse a) aus Lumpenproletariern, die von der Nazibewegung und im „Dritten Reich" die „Freiheit zum Morden und Rauben" erwarten; b) aus ehrlichen, enttäuschten und irregeleiteten Proletariern, vor allem Arbeitslosen, die Arbeit oder ausreichende Unterstützung erwarten und c) aus Mittelständlern, Kleinbauern usw., deren materielle Existenz vom Kapitalismus vernichtet wurde und die nun im „Verbot" der Warenhäuser, Konsumvereine, und in der „nationalen Befreiung" eine Rückkehr zu ihrem früheren „Wohlstand" im „Dritten Reich" erhoffen.

Diese in ihren Interessen ganz verschieden eingestellte Masse kann von der NSDAP nur durch dauerndes „Stürmen", dem dauernden Kampf um die ganze Macht im Staat zusammengehalten werden. Aus dieser Tatsache erklärt sich die jedesmal eintretende Enttäuschung im Hitlerlager, wenn in dem Vorwärtsstürmen eine Störung eintritt. (13. August, Reichstagsauflösung 12. September.) Und umgekehrt immer ein neuer Auftrieb bei einem neuen „Sturm" um die Macht. Diese Tatsache zwingt die nationalsozialistische Führung, sich nicht mit der zweiten, mit der dienenden Rolle zufrieden zu geben, sie muß die ganze Macht für sich verlangen.

Gewiß wird der Nationalsozialismus, wenn er die Macht übernimmt, die Massen enttäuschen. Aber enttäuschen und abwirt-

schaften ist nicht dasselbe. Die NSDAP weiß, daß sie alle ihre Anhänger enttäuschen muß, deshalb wird sie sofort nach der Machtübernahme alle Massenorganisationen, die ein Zentrum und ein Sammelbecken für die unzufriedenen Massen abgeben müßten, zerschlagen ud mit dem blutigsten Terror ihre Herrschaft aufrechterhalten. Die rein faschistische Regierung wird daher nicht eine Frage weniger Monate bzw. eine kurze Uebergangsperiode darstellen. Ihre Hauptaufgabe, wie auch die der gegenwärtigen Regierung besteht darin, die mit dem kapitalistischen System unzufriedenen Massen in mehrere Lager zu zersplittern und ihr einheitliches Auftreten zu verhindern.

Nur so kann man auch den Gegensatz Hitler-Papen-Schleicher, einerseits das seit Monaten andauernde Ringen Hitlers, die Reichswehr in die Hand zu bekommen, und andererseits das Bestreben von Groener-Schleicher, die SA-Armee den Hitlerleuten aus der Hand zu nehmen und unmittelbar in den Dienst der Regierung zu stellen, verstehen. Groener ist mit seinem Versuch durch das Verbot der SA, die Hauptstütze Hitlers, für sich auszunützen, gescheitert, es war ein großer Sieg Hitlers, als die Regierung Papen das SA-Verbot wieder aufhob und ein viel stärkeres und ausgeprägteres militärisches Aufziehen dieser Machttruppe zulassen mußte. Andererseits aber war es für Hitler ein schwerer Rückschlag und ein Zeichen der Stärkung der Hindenburg-Papen-Front, daß Hindenburg die Forderung Hitlers, ihm die ganze Macht zu geben, ablehnte. Falsch jedoch wäre, in der Ablehnung Hitlers am 13. August, sich mit einem Teil der Macht zu begnügen, einen Fehler der NSDAP zu erblicken. Die Haltung Hitlers war diktiert von dem für ihn unausweichlichen Zwang zum Kampf um die ganze Macht.

Ein schwerer Schlag für die Hitlerbewegung jedoch ist es, daß sie bei der Reichstagsauflösung am 12. September dem Kampf auswich. Möglich ist, daß dieses Ausweichen bei der kommenden Reichstagswahl einen Rückschlag für die Hitlerbewegung bringt. Aber heute muß schon gewarnt werden, bei einem eventuellen Mißerfolg der NSDAP bei den Wahlen ein Jubelgeschrei „Sieg über den Faschismus" anzustimmen. Der Faschismus ist parlamentarisch nicht zu schlagen. Allein entscheidend hierbei ist die Entwicklung der Krise einerseits und andererseits, ob es gelingt, die Aktionskraft der Arbeiterbewegung zu stärken.

Der 20. Juli war für die Arbeiterklasse eine schwere Niederlage, obwohl gerade hier die denkbar beste Möglichkeit zum einheitlichen Aufmarsch des gesamten Proletariats gegeben war. Gewiß wäre der Anlaß des Kampfes, der Generalstreiks am 20. Juli, die Absetzung von Braun-Severing gewesen, aber der so entstandene Massenkampf hätte sicher nicht bei der Wiedereinsetzung der alten Preußenregierung Halt gemacht, sondern hätte zwangsläufig weiter zu Entscheidungskämpfen um die Macht zur Revolution geführt. Aber das wollte die SPD-Führung nicht, weil sie die Revolution nicht will.

Aber am 20. Juli zeigten sich auch die ganzen Schwächen und Mängel der KPD. Sie kritisierte zwar mit Recht, daß SPD und ADGB nicht zum Generalstreik aufriefen. Doch als die KPD allein zum Generalstreik aufrief, folgte kein einziger Betrieb, kein einziger Funktionär. Was ist die Ursache für ein so katastrophales Versagen? Die KPD hat nicht etwa am 20. Juli den Fehler gemacht. Aber hier in der Tatsache, daß die Massen ihrem Ruf in entscheidender Stunde nicht folgten, offenbarten sich die schweren jahrelangen Fehler der KPD in der Vergangenheit. Dadurch, daß sie sich von den Massenorganisationen, besonders von den Gewerkschaften, isolierte und jede wirkliche Einheitsfrontpolitik seit Jahren aufgegeben hat, stand sie in der entscheidenden Stunde nicht innerhalb, sondern neben den Massenorganisationen, die für einen Generalstreik den Ausschlag geben.

So haben wir die Tatsache vor uns, daß die reformistische Führung nicht kämpfen will und die KPD keine Massenaktionen auslösen kann. Daraus ergibt sich für jeden Revolutionär und Klassenkämpfer die einzig mögliche Schlußfolgerung, daß der Schlüssel zur Durchführung der Aufgabe der Arbeiterbewegung und Wiederherstellung ihrer Aktionsfähigkeit in der Herbeiführung der Einheitsfront liegt.

Die zentrale und entscheidende Aufgabe für die SAP ist daher nach wie vor die Einheitsfront. Aufs stärkste muß den auf der Konferenz gefallenen Aeußerungen widersprochen werden, die besagten, die Einheitsfrontaktion habe uns alle Kräfte weggenommen und kein Ergebnis gebracht. Daran ist nicht die Einheitsfront selbst schuld, sondern die Art und Weise, wie die Genossen an die Lösung der Aufgabe herangegangen sind. Diese Einheitsfrontpolitik muß einen scharf umrissenen und konkreten Sinn haben. Der 20. Juli konnte der Auftakt zu einer solchen Einheitsfrontaktion sein. Einheitsfront bedeutet, daß wir die bestehenden proletarischen Massenorganisationen Schulter an Schulter um ein konkretes Kampfziel in die Aktion hineinführen, und nicht, daß wir vielleicht wie die KPD, eine Einheitsfront von Personen machen. Es kommt darauf an, daß die Organisationen Einheitsfront machen. Die SAP muß fordern gemeinsame Aktionen von SAP, SPD, KPD, Gewerkschaften, Sportorganisationen usw. zu irgendeinem konkreten Zweck. Nur im Kampf um eine konkrete Sache, um eine konkrete Forderung kann die wirkliche Einheitsfront gebildet werden. Der Kampf um die Einheitsfront macht unsere Partei stark, wenn wir die sind, die diesen zentralen Gedanken immer wieder vertreten, nicht theoretisch, sondern im Zusammenhang mit den praktischen Erfordernissen des Tages. Man muß sich überlegen, ob man nicht zum Beispiel in den Gewerkschaften eintritt für die Organisierung von Mieterstreiks und so die Sache einen wirklich organisierten Charakter erhält. Selbstverständlich nicht wie es die KPD tut, daß sie einen Bruchteil der Mieter zusammenholt und dann einen Mieterstreik macht....

Genosse Zweiling behandelt dann eingehend die Notwendigkeit unserer Arbeit in den Gewerkschaften. Nur dadurch ist es möglich, Massenaktionen herbeizuführen.

Wir werden uns trotz aller dem entgegenstehenden Schwierigkeiten und ohne jegliche parlamentarische Illusion an den kommenden Reichstagswahlen mit eigenen Listen beteiligen. Wir führen den Kampf nicht, um Stimmen zu fangen, sondern um, weil es notwendig ist, das im Wahlkampf erhöhte politische Interesse der Masse für unsere Propaganda, für die Arbeit zur Herstellung der Einheitsfront zu benützen.

Genosse Zweiling erklärte zum Schluß: Wir müssen siegen, wenn wir unsere ganze organisierte Kraft einsetzen. So schwach wir organisatorisch auch sind, so müssen wir doch alles daran setzen, das Element zu sein, das die Revolution in Bewegung setzt. Noch ist die Stunde da, noch sind die Gewerkschaften, die überparteilichen Massenorganisationen weder von außen durch den Faschismus zerschlagen, noch von innen durch die verräterische Politik der reformistischen Führer völlig zersetzt, daß dort nichts mehr für uns zu tun übrig bleibt. Aber die Gefahr wird drohender, und wenn wir eine Stunde zu spät kommen, dann trifft uns [illegible] ganze geschichtliche Schuld. Denn auf [illegible] ist heute keiner da, der diese Aufgabe sie[illegible]

Politische Perspektiven

Annäherung zwischen Reichsregierung und NSDAP — Wahrscheinlich keine preußischen Gemeindewahlen

VDZ. Berlin, 25. September.

Wie das Nachrichtenbüro des VDZ meldet, werden die politisch-parlamentarischen Verhandlungen nicht nur im Reichstag, sondern auch im Preußischen Landtag in der nächsten Woche wieder aufgenommen. Nachdem die Reichsregierung sich bereit erklärt hat, durch den Reichskanzler und einige Reichsminister vor dem als Untersuchungsausschuß tagenden Ueberwachungsausschuß des Reichstages über die Vorgänge in der letzten Vollsitzung des Reichstages auszusagen, nimmt man in parlamentarischen Kreisen an, daß

eine gewisse Entspannung zwischen den Parteien und der Reichsregierung eintreten

werde, die vielleicht auch zur Klärung der grundsätzlichen Stellung der Reichsregierung gegenüber dem Ueberwachungsausschuß und dem Auswärtigen Ausschuß führen werde. Es gilt jetzt als weniger unwahrscheinlich, daß im Interesse der Arbeitsmöglichkeit des Ueberwachungsausschusses und des Auswärtigen Ausschusses eine Verständigung über die juristische Wirksamkeit der Abstimmung über das Mißtrauensvotum zwischen Reichstagspräsidenten und Reichsregierung zustande komme.

Besonderes Interesse kommt der Sitzung des Preußischen Staatsrates am Donnerstag nächster Woche zu; denn auf der Tagesordnung steht die Stellungnahme zu dem vom Landtag gefaßten Beschluß, am 6. November gleichzeitig mit der Reichstagswahl die Neuwahl der Kommunalvertretungen stattfinden zu lassen. Bereits am Mittwoch nächster Woche werden der Verfassungs- und der Gemeindeausschuß des Staatsrats sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Es gilt als sicher, daß eine Staatsratsmehrheit gegen den Landtagsbeschluß auf Vorverlegung der Kommunalwahlen Einspruch erheben wird. Wenn diese Annahme sich bestätigt, könnte damit gerechnet werden, daß der Preußische Landtag doch noch einmal vor den Reichstagswahlen einberufen wird, um den Versuch zu unternehmen, den Einspruch des Staatsrates durch eine Zweidrittelmehrheit des Landtages wirkungslos zu machen. Allerdings muß immer wieder betont werden, daß auch bei Zustandekommen der Zweidrittelmehrheit im Landtag, die an sich schon unwahrscheinlich ist, mit den Gemeindewahlen kaum gerechnet werden kann wegen der bekannten Stellungnahme der kommissarischen Staatsregierung, daß sie an Landtagsbeschlüsse nicht gebunden sei.

•

Das deutschnationale „Chemnitzer Tageblatt" knüpft an die oben wiedergegebene Mitteilung über die bevorstehenden Annäherungen zwischen Reichsregierung und NSDAP sehr weitgehende politische Schlußfolgerungen. Das im allgemeinen gut unterrichtete Blatt behauptet, es bestände die Absicht, in diese Verständigung eine

Abmachung über die Hinauszögerung der Reichstagswahlen

einzubeziehen. Die Führer der großen Reichstagsparteien sollten für die Abgabe einer Erklärung gewonnen werden, in der sie ihr Einverständnis damit zum Ausdruck bringen, daß die Reichstagswahlen vorläufig nicht stattfinden und für eine längere Zeit ohne Parlament regiert wird.

Wir geben diese Behauptungen des deutschnationalen Blattes wieder, weil ja in der gegenwärtigen Situation durchaus alle diese Möglichkeiten in Betracht gezogen werden müssen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sowohl in Regierungskreisen wie bei der NSDAP und vielleicht auch bei anderen Parteien Kräfte am Werke sind, um auf solchem Wege vorläufig um die Reichstagswahlen herumzukommen.

Herriot gegen Deutschlands Aufrüstung

Der französische Ministerpräsident Herriot hat am Sonntag eine große Rede gehalten, die sich hauptsächlich mit den außenpolitischen Fragen und mit dem Problem der deutschen Rüstungen beschäftigte. Die wichtigsten Stellen dieser Rede lauten:

„Wir betreiben eine Politik, die ihre Gründe vor der gesamten Welt entwickeln kann. Wir stellen mit Vergnügen fest, daß wir nicht die Einzigen gewesen sind, die erklären, daß

eine Wiederaufrüstung Deutschlands der Beginn der Rückkehr zu den alten Torheiten

sei; denn es handelt sich um eine Wiederaufrüstung. Zahlreiche Beweise liegen hierfür neben den besonderen Kundgebungen vor.

Die technischen Einzelheiten für eine Wiederaufrüstung sind vermehrt worden. Ein Minister, der uns fortgesetzt unseren angeblichen Hegemoniewillen zum Vorwurf macht, deckt die in sehr zurückhaltender Form in der diplomatischen Note zum Ausdruck gebrachten Absichten dadurch auf, daß er Materialien fordert und die Schaffung einer Miliz verlangt. Die Verordnung vom 13. September organisiert die Vorbereitung der deutschen Jugend in einer Weise, daß sie in der Lage ist, die Waffen zu tragen. Es ist eines der traurigsten Kapitel der heutigen Zeit, die junge Generation, die aus der schmerzlichen Erfahrung ihrer Väter hätte Nutzen ziehen sollen, zu Uebungen heranzuziehen und zu Handlungen zu veranlassen, die der Abrüstung und dem Frieden nicht günstig sind. Wie kann man Kinder die Kunst des Tötens lehren!

Wie kann man ernsthaft das schwere Friedensproblem behandeln, und welche Täuschung ist es, fortgesetzt von einer materiellen Abrüstung zu sprechen, wenn man nichts tut, um die moralische Abrüstu..g herbeizuführen, wenn man direkt oder indirekt, offen oder geheim, die prächtigen Kräfte des Lebens für das verhängnisvolle Werk des Tötens einsetzt, wenn man einen Willen aufreizt, dem die industrielle Zivilisation der Gegenwart im gewünschten Augenblick schnell die Mittel zur Vernichtung der Menschheit in die Hand geben würde! Frankreich, das sehr oft verleumdet wurde, kann die Welt zum Zeugen anrufen, daß es nicht von dieser Ansteckung befallen ist und daß es seine nationale Erziehung auf andere Ziele einstellt.

Wir betonen immer wieder, daß die Abrüstung in enger Anlehnung an den Geist und Buchstaben des Artikels 8 des Völkerbundspaktes in der Sicherheit durchgeführt werden muß.

Die Herabsetzung der Rüstungen würde ohne viel Aufhebens vollzogen werden.

Ein Regime gegenseitiger Kontrolle würde Platz greifen, die Beschränkung der offiziellen Rüstungen feststellen und die notwendige Beseitigung der Geheimrüstungen herbeiführen.

In dieser „Gegenseitigkeit des Friedens" würde die Lösung des von Deutschland aufgerollten Problems nicht schwer fallen. Wiederum brauche man sich nicht unnütz zu streiten; man müsse ein Friedensstatut schaffen, das in einem gleichen Regime der Sicherheit alle Nationen Europas zusammenführe, und das Deutschland seine restlose Beruhigung gebe.

Unter den gegenwärtigen Umständen beabsichtigt Frankreich, seine Doktrin und seine Handlungen auf den

uneingeschränkten Respekt vor dem Friedensvertrag und vor dem Völkerbundsstatut

aufzubauen. Es ist der Ansicht, daß eine loyale Rückkehr zu diesen Grundsätzen eine Diskussion beruhigen und klären wird, die von Verwirrung bedroht ist. Auf alle Fälle wird niemand hierdurch provoziert und niemand herausgefordert. Haßerfüllte Rufe dringen zu uns, und man sagt uns, daß man den Versuch macht, den Zorn gewisser Völker gegen uns aufzupeitschen. Frankreich hat das Recht, diesen Leidenschaften seine Vernunft, seine Verzichtleistungen und sein Wohlwollen entgegenzustellen. Frankreich haßt kein Volk. Es könnte heute noch am Rhein stehen. Vor der Frist hat es Deutschland die freie Verfügung über die kraft der Verträge besetzten Gebiete gegeben. Man hat ihm dafür nicht gedankt. Es hat einen Teil seines Gebietes, das durch die Schlachten verwüstet wurde, wieder herstellen müssen. Nach Inkrafttreten des Young-Planes, dessen getreuliche Ausführung Deutschland beschworen hatte, hat es an seinen Reparationsforderungen die schwersten Opfer gebracht. Auch dafür hat man ihm keinerlei Dank gewußt. Frankreich, das selbst von der Wirtschaftskrise betroffen ist, muß seine Produktion schützen, aber trotzdem öffnet es den deutschen Waren seine Grenzen, und Deutschland hat 1931 in seinem Handelsverkehr mit Frankreich einen Ueberschuß von 3 385 000 000 Francs gehabt. Auch dafür dankt man uns nicht. Wir haben das Recht, die Aufmerksamkeit Frankreichs und der ganzen Welt auf diese Tatsache zu lenken; aber wir werden uns nicht an den Agitationen beteiligen.

Frankreich, so schließt Herriot, ist ruhig, abgeklärt und sich seines guten Gewissens bewußt. Es erklärt sich bereit zu allen loyalen Abmachungen, die die territoriale und politische Unabhängigkeit aller Nationen sicherstellen. Es hat nur einen Wunsch, nämlich den, nach einer schweren Prüfung die Kinder, die ihm verblieben sind, in Ehren und in Frieden zu erziehen."

•

Der deutsche offiziöse Kommentar zu dieser Rede Herriots spricht von einer „Fülle von Ungeheuerlichkeiten und Schiefheiten". Dieser Vorwurf ist nicht berechtigt. Gewiß ist Herriot ein bürgerlicher, national eingestellter Staatsmann, an dem wir mit Recht Kritik vom sozialistischen Standpunkt aus üben können und müssen. Was er jedoch gegen Deutschlands Aufrüstungspolitik sagt, verdient ernste Beachtung. Man wird überdies gut tun, sich immer wieder klar zu machen, daß dies nicht nur Herriots Meinung, sondern die Auffassung der Welt außerhalb Deutschlands ist!

Soviel Worte, soviel Lügen

Sozialdemokratischer Verleumdungsfeldzug gegen die SAP

Die sozialdemokratische Provinzpresse veröffentlicht eine Notiz, in der behauptet wird, „der 2. Vorsitzende der Partei", der Genosse Ziegler, habe seinen Posten niedergelegt. Weiter wird erklärt, Anna Siemsen, Zweiling, Kleinelbst hätten „gehen müssen". Zum Schluß heißt es: „Jedenfalls ist die Auflösung dieser Partei feststehende Tatsache".

Das „Freie Wort", das berüchtigte Organ des famosen Herrn Heilmann, bringt folgende Notiz:

„Nach Ströbel, Anna Siemsen, Zweiling und Kleinelbst ist jetzt auch der 2. Vorsitzende der SAP, der frühere Reichstagsabgeordnete Ziegler-Breslau, aus ihr ausgetreten."

Zu diesen Meldungen, an denen in wirklich bewundernswerter Weise jedes Wort eine Lüge ist, haben wir folgendes zu erklären:

Weder Anna Siemsen noch Zweiling noch Kleinelbst noch Ziegler sind aus der Partei ausgetreten. Wie dreist diese Schwindelmeldungen erfunden werden, ergibt sich unter anderem daraus, daß Anna Siemsen erst in diesen Tagen in der letzten Nummer der Zeitung „Jungprolet" einen umfangreichen Beitrag veröffentlicht und Genosse Zweiling am gestrigen Sonntag auf der Bezirkskonferenz der SAP Schlesien das politische Referat gehalten hat. Für die hundertprozentige Unzuverlässigkeit dieser sozialdemokratischen Berichterstattung ist weiter bezeichnend, daß Genosse Ziegler zum 2. Vorsitzenden der Partei gemacht wird; in Wahrheit ist er noch nie, auch nur einen Tag, 2. Vorsitzender oder auch nur Mitglied des Parteivorstandes gewesen!

So werden die sozialdemokratischen Leser betrogen! Auf diese Weise soll wahrscheinlich die lebhafte Unruhe, die in den Kreisen der SPD nach den katastrophalen Niederlagen der sozialdemokratischen Politik eingesetzt hat, übertönt werden. Das wird nicht gelingen. Lügen haben kurze Beine — und dieser unverschämte Schwindel der sozialdemokratischen Presse wird vielleicht gerade dazu beitragen, den sozialdemokratischen Arbeitern den Gedanken nahezulegen, daß sie von ihrer Zeitung nicht nur in dieser Frage dreist belogen werden. Unsere Genossen müssen diese Lügen der bankrotten SPD-Führung nicht nur entschieden zurückweisen, sondern darüber hinaus den Anlaß benutzen, den sozialdemokratischen Arbeitern und Arbeiterinnen die Augen zu öffnen über die politische und moralische Verkommenheit dieser Journaillen.

NSDAP verlangt Auflösung des sächsischen Landtags

Dresden, 26. September.

Die Nationalsozialisten haben im Landtag einen Antrag auf Auflösung des Landtags eingebracht, da er in keiner Weise mehr dem Volkswillen entspreche.

Wann steigen die sächsischen Gemeindewahlen?

Dresden, 25. September.

CNB. In der Presse war mehrfach die Möglichkeit erörtert worden, am 6. November, dem Tage der Reichstagswahl, gleichzeitig auch die sächsischen Kommunalwahlen stattfinden zu lassen, die von der sächsischen Regierung auf den 13. November festgesetzt waren. Wie wir hierzu erfahren, ist vom sächsischen Gesamtministerium in dieser Angelegenheit noch kein Beschluß gefaßt. Ein solcher wird voraussichtlich erst in der kommenden Woche erfolgen, doch dürfte, wie wir hören, kaum mit einer Zusammenlegung der beiden Wahlen zu rechnen sein.

Glänzender Verlauf der Bezirkskonferenz der SAP Bezirk Schlesien

Erster Tag — Fragen des Ausbaus der Organisation — Geschlossener Kampfeswille der Delegierten — Beschlüsse werden einstimmig gefaßt

Nicht um ein „Fest zu feiern", wie es die „Volkswacht" irrtümlicher- und für ihre Geistesverfassung bezeichnenderweise in einem „Begrüßungsartikel" vermeint, sondern zu ernsthafter politischer Aussprache und Arbeit fanden sich am Sonnabend Delegierte eines Teils der schlesischen Ortsgruppen der SAP zur zweiten Bezirkskonferenz des Bezirkes Schlesien im „Zum Lessing" in der Adalbertstraße zusammen.

Die „Volkswacht" belächelt zwar „das kleine Säldchen" „des kleinen Lokals in der City" und spricht von „Ausschluß der Oeffentlichkeit". Nun, auch wir wissen ja nur allzugut, wo (Zimmer 7—8 des Gewerkschaftshauses, kleiner als der Saal im „Zum Lessing) Bezirkskonferenzen der SPD stattfinden. Und bei einigermaßen nüchterner Betrachtungsweise würde die „Volkswacht" selber zugeben müssen, daß Bezirkskonferenzen niemals — selbst nicht in der SPD — vor einer breiten Oeffentlichkeit, sondern im engsten Kreise der Delegierten verhandelt werden. (Nur zum politischen Referat, das gewöhnlich am nächsten Tage stattfindet, sind die Mitglieder geladen!) Doch genug von der „Volkswacht", wir werden auf ihren Begrüßungsartikel zurückkommen. Wir selbst hatten, abhold jeglicher Pathetik und um den Arbeitscharakter der Konferenz zu betonen, auf einen Begrüßungsartikel verzichtet.

Der Saal ist mit dem einfachen und doch so strengen Rot der Sturmbanner (gestickte Vereinsfahnen sind ja bei uns eine Rarität!) geschmückt. Transparente verkünden unsere Kampfeslosungen. Der Raum ist lange vor Beginn überfüllt. Nur mit Mühe können die nicht ganz rechtzeitig Erschienenen ein Plätzchen an irgend einer Tischecke erobern.

Pünktlich eröffnet Genosse Eckstein. Gedenkt in aufwühlender, kurzer Ansprache der Toten, die im Befreiungskampfe für das Proletariat gefallen sind — stehend hört die Versammlung die Worte, und das einigende Band des Gefühls der gemeinsamen Kampfverbundenheit umschlingt alle.

Denen, die bei der Konferenz nicht erscheinen konnten, weil sie in den Gefängnissen der Bourgeoisie schmachten müssen, entbieten die Delegierten ihren Gruß.

Die Tagesordnung wird genehmigt, ein geschäftsführendes Büro gewählt. Aus wirtschaftlichen Gründen konnten nicht alle Ortsgruppen Nieder- und Oberschlesiens Delegierte entsenden. 18 Ortsgruppen waren aber vertreten.

Die Sonnabend-Sitzung beschäftigte sich ausschließlich mit organisatorischen Fragen.

Genosse Rausch gibt für den Bezirksvorstand den Tätigkeitsbericht, er schildert die gewaltigen Schwierigkeiten, mit denen wir als junge Partei zu kämpfen hatten und haben. Die schier nicht endenwollende Reihe von Wahlkämpfen verlangten Unmenschliches von den Mitgliedern und Funktionären.

Genosse Rausch beschönigt nichts, zeigt deutlich alle Mängel unserer bisherigen organisatorischen Arbeit auf, geht auf die gemachten Fehler ein. Er schildert die vor kurzem in Breslau vollzogene Umorganisierung unserer Partei, die — auf den Erfahrungen unserer bisherigen Tätigkeit aufbauend — notwendig wurde, da sich immer mehr herausstellte, daß der Organisationsaufbau, wie wir ihn bisher von der SPD übernommen haben, nicht der geeignete Rahmen für eine wirkliche revolutionäre Arbeit ist.

Genosse Rosenstein gibt Bericht über unsere Tätigkeit in den Massenorganisationen. Er weist auf die große Bedeutung der Arbeit einer jeden revolutionären Partei in den Massenorganisationen hin. Berichtet über Erfolge und Mißerfolge im Einzelnen. In vielen Ortsgruppen nimmt unser Einfluß in den Organisationen zu. Aber auch er verschweigt nicht Rückschläge und Fehler, die gemacht worden sind. Vieles ist noch zu tun, ja eine ganz gewaltige Arbeit liegt noch vor uns. Nur dann, wenn unsere Richtlinien, die für die einzelnen in den Gewerkschaften, Kultur- und Sportorganisationen tätigen Genossen von der Partei herausgegeben sind, mit lebendiger Aktivität wirklich in die Tat umgesetzt werden, wird uns auf breitester Basis der Erfolg blühen.

Genosse Walter Geburt gibt über den wirtschaftlichen Stand unserer Zeitung und über Pläne eines weiteren Ausbaues eingehend Auskunft. Durch die plötzliche Uebernahme der Zeitung vor wenigen Monaten mußten finanzielle Schwierigkeiten entstehen. Der Beschluß, die Zeitung zu verlegen, wurde damals innerhalb weniger 24 Stunden gefaßt und zur Durchführung gebracht. Aber gerade den Breslauer Genossen ist es gelungen, in kurzer Zeit das Zeitungsunternehmen auf eine wirtschaftlich gesunde Grundlage zu stellen und eventuelle Rückschläge in der Leserzahl, die durch die Verlegung der Redaktion aus der Reichshauptstadt in eine Provinzhauptstadt bedingt sein mußten, zu verhindern. Das Zeitungsunternehmen der SAZ kann heute als völlig gesichert angesehen werden.

Wir müssen aber daran gehen — und die Möglichkeit dazu besteht im Augenblick — die Zeitung wieder auszubauen. Es ist geplant, den Umfang zu verstärken, was ohne Werbetätigkeit und ganz ohne Erhöhung der Abonnentenzahl allerdings nicht möglich ist. Genosse Geburt entwickelt einen eingehenden Werbeplan für die größeren und kleineren Ortsgruppen.

In der Diskussion beteiligten sich angeregt eine große Anzahl Breslauer und auswärtiger Genossen. Nichts von dem Häuflein mit sich selbst dauernd im Streit liegender Querulanten", wie es die „Volkswacht" festzustellen beliebt.

Sachlich und kameradschaftlich werden wichtige Organisationsfragen diskutiert. Ein Teil von Genossen schlägt vor, die Ergänzungswahlen zum Bezirksvorstand erst am darauffolgenden Tage nach dem politischen Referat des Genossen Zweiling vorzunehmen.

Nach der klärenden Diskussion aber — dies sei vorweg bemerkt — wird am selben Abend noch die Wahl vorgenommen. Die Genossen Zelt (Liegnitz), Golik (Bunzlau), Kirstein (Breslau), Rosenstein (Breslau) werden neu gewählt.

In der Frage der Gewerkschaftsarbeit entspinnt sich eine etwas längere Debatte. Die Genossen aus der Provinz geben praktische Erfahrungen, die sie gemacht haben, weiter.

In der Frage zu der bevorstehenden Reichstagswahl steht die Konferenz auf dem Standpunkt, dem Hauptvorstand dringendst nahezulegen, eigene Listen und abweichend zur letzten Wahl auch eigene Reichslisten aufzustellen.

Aus allen Diskussionsreden klingt eindeutig das Bewußtsein von der Notwendigkeit des Bestandes der SAP gerade in der jetzigen kritischen Situation, in der sich die Arbeiterklasse befindet und in der SPD und KPD versagen.

Aus allen Reden klingt der Wille, organisatorisch neue Wege zu gehen. Wer der Konferenz beigewohnt, hat nicht das Gefühl, daß — leider müssen wir wieder einmal auf den Volkswacht-Artikel zurückgreifen — hier eine Partei liquidiert wurde.

Die Tagung erbrachte den eindeutigen Beweis, daß ungebrochene Aktivität in allen, auch dem letzten Funktionär und Mitglied, bis in die kleinste Ortsgruppe herrscht. Alle Delegierten waren sich einig, daß nur die strengste Parteidisziplin für eine revolutionäre Partei dienlich sein kann. Parteidemokratie darf nicht dazu verleiten, eine Partei zum Tummelplatz persönlicher Sentiments und individueller Gewissenskonflikte zu machen. Die Konferenz war sich einig, daß für diejenigen, die sich dieser Parteidisziplin nicht unterwerfen können, kein Platz innerhalb der SAP ist. Eine seltene geschlossene Einigkeit beherrschte die Tagung.

Alle Resolutionen wurden in der Sonnabend-Konferenz einstimmig angenommen.

Aktivierung und Ausbau der Organisation

Auf welcher Basis und mit welchen Mitteln die Delegierten sich den Ausbau unserer Organisation denken, besagt die nachstehend einstimmig angenommene Resolution, die vom Bezirksvorstand eingebracht worden war.

„Die Sozialistische Arbeiterpartei ist unmittelbar nach ihrer Gründung vor Ausbau ihrer Organisation in parlamentarische und außerparlamentarische Kämpfe gestellt worden, denen sie organisatorisch nicht gewachsen war. Der Ausbau des Organisationsgefüges hat unter diesen politischen Ansprüchen gelitten. Die entscheidende Verbesserung des Organisationssystems ist aber die Grundvoraussetzung für die politische Wirkung der SAP in den breiten Massen des deutschen Proletariats. Ziel dieses Ausbaues der Organisation ist die Heranziehung aller Parteigenossen für die Parteiarbeit. Jedes Parteimitglied muß zugleich Funktionär der Partei und der ganzen Arbeiterbewegung sein.

Die Instanzen der Partei vom Ortsvorstand im kleinsten Dorf bis zum Hauptvorstand müssen ihre Arbeitsweise den veränderten technischen und politischen Verhältnissen der Zeit anpassen. Die Körperschaften dürfen nicht nur regelmäßig in Sitzungen zusammentreten; jedes Mitglied einer leitenden Instanz muß sein Arbeitsgebiet haben, für das es dem zuständigen Vorstand und der gesamten Partei verantwortlich ist. Insbesondere muß dafür auch gesorgt sein, daß die laufenden Angelegenheiten der Organisation pünktlich und gewissenhaft erledigt werden. Wo eine Körperschaft als Ganzes zu schwerfällig arbeitet, wird ein kleines Gremium aus ihr die Ermächtigung erhalten müssen, als Exekutive unter eigener Verantwortlichkeit notwendige Entscheidungen zu treffen, und sie erst nachträglich durch die Gesamtinstanz prüfen und bestätigen zu lassen.

Schnelle Beantwortung von Anfragen der Genossen und der Ortsgruppen durch Bezirksleitungen und Hauptvorstand auf der einen Seite, umgehende sofortige Berichterstattung durch die Ortsgruppen auf der anderen Seite, sind eine Voraussetzung jedes gesunden Organisationslebens.

Der Beitragskassierung muß die größte Aufmerksamkeit zugewendet werden. Pünktliche Kassierung, pünktliche Ablieferung der Beiträge an Bezirksleitung und Hauptvorstand auf der einen Seite, sorgsame Anwendung und Verwaltung der vorhandenen Gelder auf der anderen Seite sind eine Lebensnotwendigkeit für eine Arbeiterorganisation.

Schließlich müssen alle Genossen verpflichtet werden, nicht nur selbst die „SAZ" zu lesen, sondern ihrer Verbreitung dauernd ihre Arbeit zuzuwenden. Jeder Zeitungsleser bedeutet nicht nur einen Anhänger unserer Parteigedanken, sondern einen ganzen Anhängerkreis.

Unsere Werbung von neuen Mitgliedern auf dem flachen Lande, Gründung neuer Ortsgruppen, Förderung von Parteimitgliedern und Organisationen ist notwendig.

Der kameradschaftliche Geist, die wirkliche Solidarität, die in der SAP vorhanden sind, ermöglichen die Durchführung dieser organisatorischen Aufgaben. Ihre Durchführung sichert den politischen Sieg der SAP."

•

Es schließt sich eine zweite Resolution, die vom Gen. Hannack eingebracht wurde, an:

„Die Bezirkskonferenz der SAP vom 24. September 1932 beschließt folgendes:

1. **Jeder Genosse, der durch das Vertrauen der Mitglieder in irgendeine bezahlte Funktion gewählt wird (Abgeordnete, Stadträte usw.), hat den nicht zum Lebensunterhalt nötigen Teil seines Einkommens restlos der Partei abzuführen.**
2. **Festsetzung des Lebensunterhalts wird von einer gewählten Kommission bestimmt.**
3. **Vor Aufstellung zu irgendeiner bezahlten Funktion hat der betreffende Genosse sein schriftliches Einverständnis zu geben."**

Weitere Entschließungen

Um die organisatorische Arbeit im Bezirk zu erleichtern und jederzeit verbreitern zu können, steht die Bezirkskonferenz auf dem Standpunkt, daß auch zentral und im Reichsmaßstabe organisatorisch ein Ausbau vorgenommen werden muß. Dieser Standpunkt kam in folgenden ebenfalls einstimmig angenommenen Entschließungen zum Ausdruck.

Für ein zentrales Organisationsbüro

„Die ungeheuren Aufgaben, welche die SAP in der augenblicklichen Epoche zu erfüllen hat, machen es notwendig, daß alle in der Partei verfügbaren Kräfte rationell ausgewertet werden. Deshalb ist es notwendig, daß auch in der Zentrale der Partei die organisatorischen Aufgaben auf breitere Schultern gelegt werden. Die Bezirkskonferenz fordert deshalb die sofortige Schaffung eines zentralen Organisationsbüros."

Weitere Neuerungen

„Um die Finanzverhältnisse in der Partei übersichtlich zu gestalten, ist es notwendig, daß ein Genosse des Hauptvorstandes lediglich mit den Kassengeschäften vertraut wird."

•

„Der Hauptvorstand wird aufgefordert, ein Mitteilungsblatt für die Funktionäre zu schaffen."

Zur Zeitungsfrage

„Die Bezirkskonferenz des Bezirks Mittelschlesien der SAP. begrüßt es daß es durch die Arbeit der Breslauer Genossen möglich geworden ist, der SAZ eine wirtschaftliche Grundlage zu geben. Sie spricht allen Genossen, die dafür gearbeitet haben, ihren Dank und ihr Vertrauen aus. Sie erwartet, daß alle Kräfte eingesetzt werden, um die SAZ zu dem wirklichen Zentralorgan der Partei auszubauen. Die Bezirkskonferenz ist der Meinung, daß unter den obwaltenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen diese Aufgabe am sichersten in Breslau durchgeführt werden kann."

Schutzbundleitertagung

Anschließend an die Bezirkskonferenz begann zu später Abendstunde die Schutzbundleitertagung, die vom SSB, Bezirksverband Ost, eingerufen war. Die Tagung dauerte bis spät nach Mitternacht unter starker Beteiligung von Delegierten aus der Provinz und mußte dann wegen der fortgeschrittenen Stunde abgebrochen und am Sonntag früh weitergeführt werden. Wir kommen in der morgigen Zeitung auf den glänzenden Verlauf auch dieser Tagung eingehender zurück.

Gefängnisstrafen in Liegnitz

Proleten verurteilt, Nazi freigesprochen

(Sonderbericht der SAZ)

Liegnitz, 24. September.

Am Freitagabend begannen die Plädoyers der Verteidiger. Rechtsanwalt Teamer führte aus: Der Propagandaspaziergang sei eine durchaus erlaubte Art des Wahlkampfes gewesen. Die Ausschreitungen seien vielleicht durch Provokationen erfolgt und außerdem hätten die Angeklagten damit nichts zu tun. Den Aussagen der Polizeibeamten sei nicht unbedingt zu glauben, da diese an dem betreffenden Tage zum Teil völlig den Kopf verloren hätten, und außerdem gegen manche Beamte, so auch Peters, ein Verfahren schwebe, so daß also auch die Polizeibeamten in eigener Sache ausgesagt hätten. Im übrigen seien ihnen ja zahlreiche Irrtümer nachgewiesen. Daher plädierte er für seinen Mandanten auf Freispruch. Die übrigen Verteidiger forderten ebenfalls Freispruch.

Am Sonnabend um 1 Uhr wurde das Urteil verkündet. Es wurden verurteilt: Ulfert sieben Monate, Späte, Moser, Elsner je vier Monate, Krause fünf Monate, Hauke sechs Monate, Alt, Goldschmidt drei Monate, Höer, Genosse Gerschau und der Nazi Steffen wurden freigesprochen.

Die Urteilsbegründung bekundet ein völliges Zusammenbrechen der Anklage. Keines der Delikte: schwerer Aufruhr, Rädelsführerschaft und Widerstand gegen die Staatsgewalt, wurde bei den Angeklagten, mit Ausnahme von Krause und Hauke, als erwiesen angesehen. Das Urteil erfolgte lediglich wegen Landfriedensbruch. Dieser wird darin gesehen, daß sich die Angeklagten auf den Straßen befunden haben, in denen es zu Unruhen gekommen ist. Also, die

Tatsache, daß Proleten auf die Straße gehen,

genügt in den Augen der Bourgeoisie, um sie zu drei und vier Monaten Gefängnis zu verurteilen. Hier zeigt sich deutlich der Sinn der Sondergerichte, die durch Terrorstrafen die Proleten davon abhalten sollen, für ihre Forderungen auf der Straße zu demonstrieren, während sich heute wieder die Nazis auf der Goldberger Straße nach Herzenslust tummeln können, ohne daß jemand dagegen einschreitet.

Genau so unverständlich ist der Freispruch des Nazis Steffen, bei dem ein Totschläger gefunden worden war, bei sich. Ihm wurde das Recht bescheinigt, diese Waffe zu tragen,

„da er an diesem Tage mit Ueberfällen rechnen mußte und auch tatsächlich überfallen wurde".

Während man also Proleten ins Gefängnis steckt, läßt man den Nazibanditen sogar die Freiheit, Waffen zu tragen. Wir lassen diese Tatsache für sich selbst sprechen.

Die Serie der Klassenurteile an Sondergerichten

Gleiwitz, 24. September.

Vor dem Sondergericht hatte sich der Hüttenarbeiter Georg Grzeschik aus Gleiwitz wegen Landfriedensbruchs und Aufruhrs zu verantworten. Er wurde zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt. Grzeschnik, der Mitglied der KPD ist, hatte im Juli mit anderen Parteigenossen den in den Schönwälder Baracken wohnhaften SA-Mann Andraschek bei dessen Umzug zu behindern versucht. Das Ueberfall-Abwehrkommando griff ein, aber mit dem Ruf: „Los Sturm" drang die Menge unter „Führung" (!?) des Angeklagten auf die Beamten mit Eimern, Spaten, Steinen u. a. ein.

Erst angeschossen, dann verurteilt

Schweidnitz, 25. September.

Die Große Strafkammer Schweidnitz verurteilte den Steinarbeiter Paul Kilian aus Gräben (Kr. Striegau) wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu vier Monaten Gefängnis. K. und sein Bruder Heinrich waren am 3. August in Gräben mit Nationalsozialisten in Streit geraten. Ein Landjäger, der einschritt, wurde von ihnen tätlich angegriffen, machte von der Waffe Gebrauch und tötete Heinrich Kilian durch einen Schuß, während der jetzt angeklagte Paul Kilian schwer verletzt wurde.

Werbt Abonnenten

Schlesischer Arbeiter-Sport

Erwartete Ergebnisse im Handball!

8. Abt. I schlägt 8. Abt. II erst in der zweiten Halbzeit. — Knapper Sieg des Bezirksmeisters gegen 4. Abt. — Stabelwitz gewinnt gegen 6. Abt. knapp. — 1925 gewinnt gegen 1. Abt.

Auch der zweite Seriensonntag zeigte die großen Klassenunterschiede der aufgerückten Mannschaften zur As-Klasse.

Stabelwitz I—6. Abt. I 9:7 (4:3). 200 Zuschauer erlebten in Stabelwitz einen flotten, interessanten Kampf. Schon nach 5 Minuten kann 6. Abt. die Führung übernehmen. Aber schon vom Ansturm weg erzielt Stabelwitz den Ausgleich. Nach wechselseitigen Angriffen gelingt Stabelwitz bis zur Pause eine knappe Führung. Nach Wiederbeginn vollständig ausgeglichenes Spiel. Stabelwitz kann durch gute Kombinationszüge zwei Tore erzielen. Bis 8 Minuten vor Schluß wird der Ausgleich hergestellt. Stabelwitz kann in den letzten 7 Minuten zwei weitere Tore erzielen und somit einen knappen, aber verdienten Sieg sicherstellen.

SilKick I—Dt. Lissa I 18:3 (5:2). Bis zur Halbzeit konnte Dt. Lissa den Vereinigten einen vollständig ebenbürtigen Gegner abgeben. Nach dem Wechsel machte sich aber das scharfe Tempo der ersten Hälfte bemerkbar. Dt. Lissa mußte sich mit obigem Resultat zufrieden geben.

8. Abt. I—4. Abt. I 13:8 (9:4). 6. Abt., welche nur mit 10 Mann antrat, hatte schwer zu kämpfen. 4. Abt. konnte nach kurzer Zeit durch zwei gute Einzeldurchbrüche in Führung gehen. 6. Abt. hatte sich jetzt besser gefunden und konnte jetzt, dank besserer Stürmerleistungen das Halbzeitresultat auf 9:4 schrauben. Nach der Pause hatte die 4. Abt. mehr vom Spiel, ihre Angriffe wurden jetzt intensiver. Durch sehr harte Spielweise der 6. Abt. wurden zwei Spieler des Feldes verwiesen. Trotz 6. Abt. bis Schluß mit nur 8 Mann spielen mußte, konnte die 4. Abt. an einem Siege nichts mehr ändern.

5. Abt. I—6. Abt. II 5:3 (2:3). Schwerer, als erwartet, hatte es die 5. Abt. Nach vollständig ausgeglichenem Spiel gelang es bis zum Wechsel jeder Mannschaft drei Erfolge. Nach der Pause konnte die 5. Abt., die etwas besser aus sich herausging, zwei weitere Tore und somit den Sieg sicherstellen.

1925 I—1. Abt. I 8:6 (2:2). Der Anstoß der 1. Abt. wird von der Verteidigung der 1925er gestoppt. Für die Folge ausgeglichenes Spiel. Blitzschnell wechseln die Angriffe. Beide Torleute bekommen reichlich Arbeit. Erst in der 8. Minute bringt Halblinks von 1925 seiner Mannschaft die Führung. Schon eine Minute später ist es Mitte von 1925, welcher ein zweites Tor erzielt. Unentmutigt kämpft 1. Abt. weiter. Es gelingt ihnen, bis zur Pause durch den Mittelstürmer den Ausgleich herzustellen. Nach der Pause flotteres Spiel. In wenigen Minuten kann 1. Abt. 5:3 führen. Doch 1925 holt auf und stellt den Ausgleich abermals her. Nun setzte eine kleine Drangperiode der 1925er ein, welche ihnen bis zum Schluß den knappen, aber verdienten Sieg bringt.

1925 II—5. Abt. II 7:6 (4:2). Beide Mannschaften lieferten sich ein flottes Spiel. 1925 konnte dank besserer Stürmerleistungen in der ersten Hälfte eine 4:2-Führung herausholen. Nach der Pause 5. Abt. besser, doch können sie nicht verhindern, daß 1925 mit einem Torunterschied den Sieg erringt.

2. Abt. I—8. Abt. II 9:3. Die 2. Abt. hatte wenig Mühe, um der 8. Abt. das Nachsehen zu geben. 16 Minuten vor Schluß mußte das Spiel wegen Unvollständigkeit der 8. Abt. abgebrochen werden.

Weitere Resultate: 9. Abt. II—1. Abt. II 6:4. — 7. Abt. II—Marschwitz I 9:4. — Stabelwitz II—SilKick II 10:5. — Stabelwitz II—4. Abt. II 11:2. — Stabelwitz IV—Dt. Lissa II 5:5. — 1925 III—Marschwitz II 3:4. — 1925 IV—1897 II 1:4. — 4. Abt. Jug.—1925 Jug. 5:6. — Stabelwitz Jug.—5. Abt. Jug. 12:3. — 1. Abt. Jug.—Dt. Lissa Jug. 6:5. — FrSchwimmer Jug.—2. Abt. Jug. 13:3. — SilKick. Sportlerinnen—2. Abt. Sportlerinnen 2:0. — Stabelwitz Schüler I—12. Abt. Schüler 3:1. — Stabelwitz II. Schül.—Dt. Lissa I. Schüler 0:6. — 1925 I. Schüler—2. Abt. Schüler 14:0. — 1925 II. Schül.—Neukirch Schüler 2:4. — 1925 III. Schüler—9. Abt. Schüler 3:3. — Nordost Schüler—7. Abt. Schüler 4:2.

Handballnotizen

Handballausschuß. Das Schülerspiel Stabelwitz Schüler I—2. Abt. Schüler steigt in Stabelwitz um 10.00 Uhr. Schiedsrichter: Verein.

Turn- und Sportverein „Frei Heil" Stabelwitz. Freitag, den 30. 9., 20 Uhr, Handballspieler-Versammlung im Vereinslokal.

Fußball

Sport des Sonntags

Südost schlägt Herta. — Wacker—VfL unentschieden. — Sturm schlägt Stern knapp.

Schlesien I—Blaugelb I 4:4. In diesem Spiel hatte scheinbar Schlesien die junge Blaugelb-Mannschaft unterschätzt und mußten sich mit einem Unentschieden begnügen.

VfB—Wratislawia 7:1. Die bessere Spielweise von Ottaschin machte sich auch in diesem Spiel bemerkbar. Die 600 Zuschauer bekamen ein eifriges, flottes Spiel zu sehen.

Falke I—Rotweiß I 3:2. Rotweiß konnte in den ersten Minuten 1:0 in Führung gehen. Das wurde Falke doch zu viel und errangen kurze Zeit darauf den Ausgleich, mußten aber trotzdem zum Wechsel die 2:1-Führung Rotweiß überlassen. Nach der Pause drückt Falke auf Sieg, welcher auch durch obiges Resultat erzielt wird.

SC Rosenthal I—West I 1:0. Den Anhängern von Rosenthal wurde hier ein werbendes Spiel vorgeführt. Trotz heftigen Widerstands mußte sich West die 1:0-Niederlage gefallen lassen.

VfL Oels I—Namslau I 1:1. Ein Unentschieden der Mannschaften war kaum zu erwarten. Wegen Unvollständigkeit der Spielzeit mußte das Spiel abgebrochen werden.

Südost I—Herta I 7:2. Ein derartiges Resultat zwischen beiden Mannschaften wurde nie erwartet. Damit ist Südost endgültig Gruppenmeister der 3. Gruppe.

VfL I—Wacker I 2:2. Ein ausgeglichenes Spiel zeigte sich bis zum Schluß, was auch dem Resultat entspricht.

1926 I—Masselwitz 3:0. Beide Mannschaften zeigten ein flottes Spiel. Nach 20 Minuten gelingt 1926 die Führung. Nach der Pause baut Masselwitz merklich ab und mußten damit die Gruppenmeisterschaft 1926 anerkennen.

Stern I—Sturm I 1:2. Zwei alte Rivalen standen sich hier gegenüber. Daß ein sehr knappes Resultat zustande kommen würde, war vorauszusehen. Scheinbar hat sich die Umstellung der Sturmmannschaft bewährt.

Weitere Resultate: VfB II—Wratislawia II 8:1. — Falke II—Rotweiß II 2:0. — Rosenthal II—West II 2:2. — VfL Oels II—Namslau II 2:3. — Südost II—Herta II 5:1. — Rosenthal IV—West IV 2:2. — Falke I. Jug.—Masselwitz I. Jug. 4:0. — Rosenthal I. Jug.—West I. Jug. 2:0.

Fußballnotizen

Berichterstatter-Vereinigung. Sonntag, den 2. 10., 9.00 Uhr, Versammlung im Bezirkslokal. Da sehr wichtige Tagesordnung, muß jeder Verein vertreten sein.

SV Jannowitz. Anschriften nur an Karl Mierzwa, Tschirne, Breslau-Land 1.

SC Alemannia-Ransern. Freitag, 30. 9., Vereinsversammlung bei Seidel. Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig.

Die Veranstaltungen der Freien Turnerschaft Breslau e. V.

Werbeturnen am 14. Oktober in allen Turnhallen der Männer- und Jugendabteilungen, in der Zeit von 19—21.30 Uhr.

Mitgliederversammlung: 15. Oktober. Referat: „Der Weg zur Freiheit" (Helmut Wagner-Dresden. Vorher Konzert.

Schulungskursus: 16. Oktober im Gewerkschaftshaus. Die Beteiligung aller Funktionäre und darüber hinaus interessierter Genossen wird erwartet.

Städtewettkampf im Kunstturnen: Breslau—Dresden, in Dresden, 30. Oktober.

Retourkampf: Breslau—Dresden, am 27. November in der Lessingturnhalle.

Sonnenwendfeier im großen Saale des Gewerkschaftshauses, am 19. Dezember (steht noch nicht fest).

Notizen

Die Vorbereitungen zum Schauturnen sind sofort in Angriff zu nehmen. Werbematerial wird demnächst den Abteilungen zur Abholung bereitgestellt. Im Laufe dieser Woche geht allen Männer-Turnwarten noch ein besonderes Rundschreiben zu.

Alle Uebungsstunden für Geräteturnen stehen in allen Abteilungen im Zeichen der Vorbereitungen für die demnächst beginnenden Serienwettkämpfe. Neuerdings ist mitgeteilt worden daß auch die Turnerinnen Gerätewettkämpfe durchführen, sodaß diese kurze Mitteilung für alle unsere Abteilungen Bedeutung hat. Die Turnerinnen-Abteilungen holen die Ausschreibungen für ihre Wettkämpfe umgehend im Kartellbüro ab. Wettkämpfe können nur durchgeführt werden, wenn ein gut geschulter Apparat von Kampfrichtern zur Verfügung steht. Von den Männer-Abteilungen hat die 1., 2., 3., 5., 6., 8. und 12. Männer-Abteilung noch umgehend ihre Meldungen abzugeben.

Demnächst veröffentlichen wir einen Artikel „Gedanken zum Werbetag für Männer- und Jugendturnen" der Freien Turnerschaft Breslau e. V.

Lehrstunde für Gymnastik: Dienstag, 27. 9., Gruppe Nord, 19.45 Uhr, Turnhalle Friedrich-Ebert-Schule Zimpel.

Das Ausscheidungsturnen der Städtemannschaft findet bestimmt am 2. Oktober, vorm. von 9—11.30 Uhr, in der Turnhalle Brockauer Straße statt. Wir machen darauf aufmerksam, daß jeder Bewerber anwesend sein muß und für Vertretung bei Teilnahme an Handballspielen usw. rechtzeitig gesorgt werden muß. Weiterhin sei mitgeteilt, daß die Brockauer Turnhalle bis auf weiteres zum Ueben an jedem Sonntag von 9—11.30 Uhr zur Verfügung steht.

Alle Mitglieder des Vereinstechnischen Ausschusses treffen sich am nächsten Freitag, 16.30 Uhr, auf dem **Tennisplatz der FTB** in Morgenau zu einer Instruktionsstunde für Tennis.

Die Kinderturnwarte müssen am Mittwoch, den 28. 9., um 19.30 Uhr, nochmals zu einer wichtigen Besprechung in der Liegnitzer Turnhalle zusammenkommen. Es handelt sich um eine endgültige Beschlußfassung bezüglich der Durchführung der Sonnenwendfeier am 19. Dezember. Nach Vorschlag des technischen Ausschusses soll diese Veranstaltung lediglich eine Feier unserer Kinder sein. Die erste gemeinsame Turnstunde der **Frauen** in unserem Winterhalbjahr ist für die Abteilungen (1., 3., 9. und 12.) in der Gymnastikhalle der Friedrich-Ebert-Schule, am 4. Oktober, in der Zeit von 20—22 Uhr. Alle Abteilungsleiter müssen anwesend sein.

Freie Turnerschaft Breslau e. V. Achtung! Das Material zu den Serienwettkämpfen ist sofort von den Turnerinnen-Abteilungen im Kartellbüro abzuholen.

Freie Turnerschaft Breslau e. V. An alle Abteilungen! Eintrittskarten zur Jubiläumsfeier des „Proleton" für den 2. Oktober holt jede Abteilung an der Kinokasse ab in der Zeit von 4—4.30 Uhr. Die Kinoveranstaltung ist kostenfrei!

Waldlauf. Der für Oktober vorgesehene Geländelauf in Klettendorf muß wegen der bevorstehenden Wahlarbeit ausfallen.

Abteilungsnotizen

2. Männer-Abt.: Die Abrechnung der verkauften Eintrittskarten für die am 8. Oktober stattfindende Veranstaltung bitten wir baldmöglichst beim Kassierer vorzunehmen. Allen Bundesgenossen sind Rundschreiben zugegangen, um deren Beachtung wir dringend bitten.

9. Männer-Abt.: Dienstag wird das Programm für das Schauturnen veröffentlicht, sowie die Einteilung zur aktiven Beteiligung für alle Bundesgenossen vorgenommen.

8. Männer-Abt. 30. 9. Zahlabend und Monatsabrechnung im Eisenhammer. 7. 10., 20.30 Uhr, Abteilungs-Versammlung ebendort. 14. 10. Schauturnen Kreuzhalle. 22. 10. Treffpunkt mit Gästen im Bergkeller.

Städtische Spielplätze für das Winterhalbjahr 1932/33

Westen: Eichenpark. Sonntag 3 Felder 9—12 und 14—19 Uhr. Montag und Sonnabend 16—19 Uhr 2 Felder.

Norden: Brückenaue. Sonntag 2 Felder 8—12 und 13—19 Uhr. Mittwoch und Donnerstag 1 Feld 14—19 Uhr.

Oswitz (Sportplatz): Jeden Sonntag von 11—15 Uhr.

Süden: Sportpark Gräbschen. Jeden Mittwoch Kampfbahn und Übungsfeld 15—17 Uhr.

Lohewiesen: Ganze Anlage. Sonntag 8—12 und 13—19 Uhr. Montag—Sonnabend 15—19 Uhr. (Mit 1897 einigen.)

Osten: Heidenhainwiese. Sonntag 13—20 Uhr. Donnerstag 16—20 Uhr.

Ostpark. Sonntag 1 Feld 9—20 Uhr, das 2. Feld soweit frei ist. Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend 1 Hand-, 1 Faustballfeld und kleine Spielwiese 16—20 Uhr.

Die Stadionplätze sind wie folgt: Sonntag 8.30 bis 11.30 Uhr 1 Feld, 14—18.30 Uhr 2 Felder, wochentags wie eingereicht. — Falls Spielzeiten auf den städtischen Plätzen geändert werden sollen, müssen die Abt.-Vorsitzenden mit der Genehmigungskarte im Stadtamt für Leibesübungen Albrechtstr. 30, I, persönlich vorsprechen.

Arbeiter-Rad- u. Kraftfahrer-Bund „Solidarität" Gau 8, Bezirk 1

Der 1. Bezirk beschloß die diesjährige Straßenrennsaison mit einer Zuverlässigkeitsfahrt Dreimal rund um Oltaschin. Bei sehr stürmischem Wetter wurde die Hauptklasse gestartet, welche ein Punktefahren ausfuhr, wo jede Runde gewertet wurde. Bei dem starken Gegenwind gaben einige Fahrer die Fahrt auf, in der zweiten Runde gelang es dem Gen. Kasupke dem Felde zu entwischen und sicherte sich einen größeren Vorsprung. Durch Sattelbruch verlor er den Vorsprung und die Spitzengruppe erreichte ihn wieder. Im harten Endspurt siegte Gen. Fritz Kiefer, Ortsgruppe Brockau-Tschansch, in 2 Std. 1 Min. 55 Sek. mit 14 Punkten, Zweiter wurde Gen. Herbert Nickel mit der gleichen Punktzahl, Dritter Gen. Ernst Kasupke mit 12 Punkten, Vierter Gen. Hermann Küchler mit 10 Punkten, alle Ortsgruppe Brockau-Tschansch Fünfter Gen. Gerhard Uebrück, Ortsgruppe Breslau, mit 4 Punkten.

In der Altersklasse, welche zweimal diese Strecke in einem Zeitfahren fuhren, siegte wieder einmal der zähe Bolzer Gen. Kurt Ludwig, Ortsgruppe Breslau, in der Zeit von 1 Std. 18. Min. 25 Sek., Zweiter Gen. Goczal, Breslau, in 1 Std. 21 Min., Dritter Gen. Dzial Brockau-Tschansch, in 1 Std. 27 Min. 35 Sek., Vierter Gen. Klapproth, Breslau, in 1 Std. 30 Min. 10 Sek.

Bei der Jugend, die nur 5 km fuhr, fertigte Gen. Hans Sucker, Ortsgruppe Brockau-Tschansch, seine Vereinsgenossen im Endspurt ab, Zweiter Gen. Erich Kaschner, Dritter Gen. Rudi Kipke, alle Brockau-Tschansch.

Auch für unsere Genossinnen war eine Fahrt über 5 km durchgeführt worden. Siegerin wurde Genossin Else Haase Ortsgruppe Brockau-Tschansch, in 6 Min. 3 Sek., Zweite Genossin Winkler, Brockau-Tschansch, Dritte Genossin Knutti, Breslau, Vierte Genossin Sänger, Breslau.

Allen Kontrollen, Sicherheitsposten und Arbeiter-Samaritern für ihre Mithilfe ein kräftiges „Frisch auf"!

Arthur Lorenz, Bezirkssportwart.

Kleine Sportnachrichten

Arbeiter-Athleten-Verein Breslau 1911. Wie alljährlich werden die Besten im Heben und Ringen festgestellt, um dieselben zu den Bezirkskämpfen zu entsenden. Während die 1. Ringermannschaft sich wieder als Sieger im Voraus betrachtet, sollte der Nachwuchs doch einige Lücken ausfüllen. Das Heben (Vierkampf) ist vollständig offen, da gute Kräfte verloren gegangen sind. Das Heben findet am Donnerstag, den 29. 9., 19.00 Uhr, statt. Der Eintritt ist frei. Die Ringer treten jedoch, da harte Kämpfe zu erwarten sind, erst am Sonntag, den 2. 10., um 14.00 Uhr an. Die Kämpfe steigen in der Liegnitzer Halle. Der Eintrittspreis beträgt 15 Pfg.

Arbeiter-Samariter-Bund e. V. Achtung! Dienstag, 27. 9., pünktlich 20 Uhr, Frauenabend im GW, Zimmer 17. Vortrag von Frau Dr. Hoffmann. Gäste können mitgebracht werden.

Rat und Auskunft

Wo holt sich der Proletarier Rat und Auskunft?

Sozialistische Arbeiterhilfe; Büro Kl Holzstr. 3.

Allgemeine Wohlfahrtsberatung

Rat und Auskunft in allen Wohlfahrtsangelegenheiten Dienstag und Freitag von 19—20 Uhr im Büro, Kleine Holzstr. 3.

Erwerbslosenberatung:

Beratung in allen Erwerbslosenfragen. Werktäglich außer Sonnabend, in der Zeit von 9 bis 11 Uhr. Büro: Kleine Holzstr. 3.

Auswärtigen Anfragen bitten wir für die betreffende Beratungsstelle Rückporto beizulegen. Weitere Unkosten entstehen nicht.

Rechtsberatung der SAZ

In unserer Redaktion, Kleine Holzstr. 3, ist eine unverbindliche Rechtsberatung eingerichtet worden. Die Beratung findet jede Woche Montag zwischen 15 und 16.30 Uhr und Mittwoch zwischen 18.45 und 20 Uhr statt. Rechtsauskunft wird nur gegen Vorlegung der Abonnementsquittung oder des Parteibuches erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt. Eine Beantwortung von schriftlichen Anfragen wird nur dann vorgenommen, wenn Rückporto beiliegt.

Arbeiter-Kultur- und Sportkartell Oels.

Die Sitzung des Kartells findet am Donnerstag, 29. September 19 Uhr, bestimmt statt.

Am Sonntag 2. Oktober, wird die Kreiskartellsitzung im Volkshaus Oels abgehalten. Sie beginnt pünktlich 9 Uhr vormittags. Hierzu sind noch alle Arbeiter-Kultur- und Sportvereine aus den umliegenden Kreisen herzlich eingeladen, einen Vertreter zu entsenden.

Am Sonnabend, 8. Oktober, veranstaltet das Kartell einen heiteren Abend im Volkshaus. Beginn 8 Uhr abends. Unkostenbeitrag 15 Pfg.

Das Kartell macht gleichzeitig auf seine Bibliothek aufmerksam. Die Bücherausgabe findet jeden Mittwoch von 6 bis 7 Uhr abends im Kartellzimmer statt.

Anfang Oktober als Ende Dezember wird durch das Kartell der 1. Bastelkursus für Knaben u. Mädchen (12—14 Jahre) abgehalten. Meldungen bis 1. Oktober. Da die Zahl sehr beschränkt sein muß, kommen zunächst nur Sportvereinsmitglieder in Betracht. Weitere Kurse folgen.

Organisations-Nachrichten

SAP

Bezirk Mittelschlesien; Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3 Telefon 567 68.

Abt. Nord. Distriktsführer Dienstag, 19 Uhr, Heim, Mehlgasse, wichtige Besprechung.

Stadtteil Südost

Dienstag, 27. 9., 20 Uhr, im Heim, wichtige Sitzung der Stadtteilfunktionäre und Kolporteure.

Dienstag, 27. 9., 19 Uhr, im Heim, Heim-Ausschuß-Sitzung.

Frauenfunktionäre. Mittwoch, 28. 9., 20 Uhr, wichtige Sitzung im Parteibüro.

Achtung, Distriktsführer! Wo bleiben die Meldungen der Distrikte 4, 5, 15, 16, 18, 21, 30, 31, 32, 34, 35, 37, 40, 41, 42, 44, 45, 47, 49, 50, 51, 53 mit den über 20 Jahre politisch organisierten Genossen. Letzter Meldetermin: Mittwoch, 28. 9., abends von 6—8 Uhr, im Parteibüro.

Achtung Volksbühnenmitglieder

Heute abend, 20 Uhr, Generalversammlung der Breslauer Volksbühne im auditorium maximum der Universität.

Karten für den 2. Oktober! Im Augenblick sind sämtliche Karten ausgegeben. Wir ersuchen daher alle Distriktführer und Kartenvertriebsleute uns am Mittwoch, 28. 9., in der Zeit von 6—8 Uhr abends im Parteibüro zu melden: 1. Wieviel Karten als verkauft zu betrachten sind? 2. Wieviel Karten zurückgegeben werden? (diese sind sofort mitzubringen)!! 3. Wieviel Karten noch gebraucht werden?!

Proletarische Kulturgemeinschaft. Mittwoch, 28. 9., 19 Uhr, wichtige Arbeitsausschußsitzung.

Sozialistische Arbeiterhilfe

Quittung: Eingegangen sind:

28,60 Mk. von Antikriegkundgebung in der Skala durch Genossin Köhlisch.

1,51 Mk. Frauenleiterinnensitzung durch Genossin Köhlisch.

Genossinnen und Genossen! Fördert durch Sammlungen weiter unsere Hilfsaktion.

Der Vorstand der SAH.

SJV

Sekretariat: Kl. Holzstr. 3. Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr.

Rote Rebellen. Dienstag Sprechchorprobe im Heim, Huben-, Ecke Merkelstr. (Pünktlich und Turnkleidung.)

Org.- und Pol. Leiter. Heut, 20 Uhr, Büro: Sitzung.

An alle! Kommt recht zahlreich zur Sprechchorprobe Dienstag, 20 Uhr, Heim, Huben-, Ecke Merkelstr. (Turnkleidung) für die 1-Jahr-Feier.

Wochenplan vom 26. September bis 2. Oktober der Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde Breslau

Abt. Nikolaitor: Mo. Wiese 16 Uhr. Westp. Mi. Jungf. Heim Arbeitsgem. Nestf. 17 Uhr Heim. Rotf. 16 Uhr Westp. Wiese. Fr., 17 Uhr, Jungf. Spaziergang. Sob., 17 Uhr, Nestf. Heim. — **Abt. 2, Odertor:** Mo., 16 Uhr, alle Falken Bauschulwiese. Di., 17 Uhr, Jungf. II Iust. Nachm. Jungf. Mitgliederversammlung. Mi., 15 Uhr, Nefa I Heim, Rofa I Mitgliederversammlg. 17 Uhr Rofa II Brettspiele. Do., 17 Uhr, alle Jufa und Rofa Heim zur außerordentl. Vollversammlung. Fr., 17 Uhr, Nefa „Emil u. Detektive". Spielmannszug im Keller. — **Abt. 7, Innere Stadt:** Mo. Jufa u. Rofa Lichtbilder. Do. Jufa u. Rofa 16 Uhr am Neumarkt. Do. Nefa Zausest. u. Brettspiele. — **Abt. 9, Dürrgoy:** Mo. Nefa 17 Uhr Heim Schattenspiele. Di. Jufa u. Rofa Lieder u. Lesen. Mi. alle Falken Vollversamml. Fr. Jufa u. Rofa 16 Uhr letzt. Sportnachm. am Mühlberg. — **Abt. 11, Pöpelwitz:** Veranst. bei schönem Wetter im Bebelpark.

Achtung! Mo., 20 Uhr, Pol.-, Org.-Leiter der Heime Sitzung im Parteibüro. Sehr wichtig, alles muß erscheinen!

Internationale Hilfsvereinigung: Achtung, Jugendgenossen! Am Mittwoch, den 28. 9., 20 Uhr, spricht Gen. Gläser über: „Kampf den Standgerichten! Kampf der verschärften Justizreaktion. Die Stellung der prol. Jugend im Abwehrkampf. Ausgestaltung: Werbekollektiv der IHV. Spieltruppe der Freidenkerjugend. IHV Jugendaktiv.

Gewerkschaftsnachrichten

Metallarbeiterjugend

Heim I: Dienstag, 19 Uhr, im Heim, Gewerkschaftshaus: „Das Programm der NSDAP" (Kollei).

Heim II: Dienstag, 19 Uhr, im Heim, Friedrich-Wilhelm-Str. 45: „Sacco und Vanzetti zum Gedenken" (Preuß).

Heim III: Dienstag, 19 Uhr, im Heim Seydlitz-Ecke Hohenzollernstr.: „Politik eine grinsende Fratze" (Lichtbild).

STADTTHEATER
Montag, 20—22.30 Uhr
Die Bohème
Dienstag, 20—23 Uhr
Abonn.-Vorstellung E 2
Der Freischütz
Mittwoch, 20—22.45 Uhr
Abonn.-Vorstellung F 2
Der fliegende Holländer

LOBETHEATER
Täglich 20.15—geg. 22.15 Uhr
Spiel im Schloß

GERHART-HAUPTMANN-THEATER
Täglich 20.15—22.20 Uhr
Die versunkene Glocke

Heute, 20 Uhr,
Gr. Konzerthaussaal
1. Volks-Symphonie-Konzert
d. Schles. Philharmonie
Dir.: Hermann Behr
Solist: Hermann Hoppe (Klav.)

Berlin

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung" Breslau. Lohndruck: Th. Schatzky AG., Breslau, Neue Graupenstr. 7.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto monatlich.

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe; Telephon 206 02.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe; Telephon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto Nr. 102 92.

Radebeul

Kurbad Nizza-Bad

alle Bäder der Neuzeit. Elektr. Licht- u. Warmbäder, Kamillendampfbäder, Kamillen-Inhalation, Sauerstoffbäder, Kohlensäurebäder, Fichtennadelbäder, Warmbäder 1. u. 2. Klasse; Massage und Fußpflege auch außer dem Hause.

Fernruf 72 9 00

2. Tag der Bezirkskonferenz

Politisches Referat und Aussprache

Der zweite Tag der Bezirkskonferenz (Sonntag) wurde eingeleitet von dem Einmarsch des Schutzbundes Breslau und dem Spielen von Kampfmärschen durch die SSB-Kapelle.

Zunächst gab dann Genosse Roßteutscher einen Bericht über die Tätigkeit der Sozialistischen Arbeiterhilfe. Ihm folgte ein kurzer Bericht über die Bildungs- und Kulturarbeiten durch Genossen Rettich.

Dann hielt

Genosse Klaus Zweiling

das mit größtem Interesse verfolgte politische Referat. Seine Ausführungen wurden immer wieder von den Delegierten und den zahlreich vertretenen, den großen Saal des Bergkellers füllenden Genossen aus der Mitgliedschaft durch starken Beifall unterbrochen.

(Wir bringen das Referat von Zweiling an anderer Stelle des Blattes.)

Diskussion zum politischen Referat

Enderle ist mit der vom Genossen Zweiling gegebenen Schilderung der Politik der Nationalsozialisten der letzten Zeit vollkommen einverstanden. Strittig aber ist die Frage: hat die Hitlerpartei einen Fehler gemacht und wenn ja, am 13. August oder am 12. September (Reichstagsauflösung). Ein Interesse, die Frage zu klären, hat die Partei nur insofern, als sie sich auf die Taktik der Hitlerpartei in Zukunft einstellen muß. Redner ist der Auffassung, daß der Fehler der Hitlerpartei nicht bei der Reichstagsauflösung liegt, sondern in ihrem Verhalten am 13. August. Die Ereignisse haben bewiesen, daß sie sich in einem Punkte irrten, nämlich daß es gefährlich für sie ist, ihre für eine Aktion ausschlaggebenden Massen gegen den Staatsapparat zu führen. Deshalb wichen sie bei der Reichstagsauflösung aus. — Bei der Haltung der SPD- und ADGB-Führer am 20. Juli muß man sehen, daß der Hauptfehler auch hier eine Folge der falschen reformistischen Politik in den ganzen Jahren vorher ist. — Zur Gewerkschaftsfrage: man muß den gestern vom Gen. Müller vertretenen Standpunkt, die Beurteilung unserer Gewerkschaftsarbeit von der Haltung der ADGB-Führer abhängig zu machen, konsequent ablehnen. Nicht ihretwegen, sondern der für die Revolution mit ausschlaggebenden organisierten Millionenmitglieder wegen leisten wir die erforderliche Arbeit in den Massenorganisationen, so auch in den Gewerkschaften. Hier gibt es nur eine klare Linie für die Partei, nach der sich jeder Funktionär und jedes Mitglied zu richten hat.

Jacobsohn-Görlitz nimmt zu dem von ihm und zwei anderen Genossen eingebrachten Antrag auf Schaffung eines sozialistischen Wirtschaftsprogramms Stellung. Bisher stand immer im Mittelpunkt der Arbeit der Partei die Kritik an dem Versagen der SPD und KPD. Das war notwendig, um die Partei zu klären und zu festigen. Jetzt müssen wir auch Positives bieten, vor allem gegenüber den berüchtigten Sozialisierungsanträgen der SPD im Reichstag. Redner fordert zwei bis drei kurze prägnante Parolen, die Zugkraft für die Massen besitzen und für die man sie auf eine einheitliche Basis stellen kann, dürfen uns nicht zu sehr zersplittern in kleiner Arbeit, wie Mieterstreiks usw., wenngleich das auch wichtig ist.

Mitschke-Breslau kritisiert, daß man die unter der Papen-Regierung durch die 4. Notverordnungs-Diktatur einsetzende neue Konjunktur mit Schwindelkonjunktur abtut. Wir müssen auch daran denken, welche Auswirkungen eben solch eine Schwindelkonjunktur auf die breiten Massen hat, wenn es gelingt, die Arbeitermassen dadurch wirklich zu bluffen. Er unterstützt in diesem Zusammenhang die Forderung nach einem sozialistischen Wirtschaftsprogramm und nach dem schon lange ausstehenden Arbeitsbeschaffungsprogramm der Partei.

Bauer-Reichenbach: Man muß die Wahlkampfdiskussion unter dem Gesichtspunkt führen, daß die Wahlen nur noch eine demonstrative Bedeutung haben. Gleichzeitig muß aufgeräumt werden mit allen parlamentarischen Illusionen, nur so können wir Wähler gewinnen. Redner unterstützt gleichfalls die Ausführungen des Gen. Jacobsohn. — Für unsere organisatorische und Gewerkschaftsarbeit verlangt Bauer Zusammenfassung des Funktionärkörpers und Spezialisierung der Arbeitsressorts in der Partei. Er betont die Notwendigkeit der einheitlichen Vertretung der Parteilinie; für Reformisten oder Halbreformisten ist in der Partei kein Platz.

Pohling-Breslau unterstützt die Auffassung des Gen. Enderle in der Beurteilung des Fehlers der Nationalsozialisten zum 13. August bzw. zum 12. September. — Die Ausführungen des Gen. Zweiling zur Gewerkschaftsarbeit hält er für ausgezeichnet, nur bestehe die Gefahr, hierbei in einen gewissen Schematismus zu verfallen. Redner legt in längeren Ausführungen klar, daß es immer notwendig ist, je nach der differenzierten Lage eines Betriebes die Kampfmaßnahmen abzuwägen und einzuleiten. — Bei der Arbeit in den überparteilichen Massenorganisationen kann nur nach den hierfür geschaffenen Richtlinien der Partei gearbeitet werden. Kein Genosse hat das Recht, als Person und für sich allein verantwortlich aufzutreten, sondern die Pflicht, stets seine Organisation zu vertreten. — Redner betont neben der Richtigkeit der Aufstellung eigener Listen für die Reichstagswahl auch die unbedingte Aufstellung einer eigenen Reichsliste, da ein Anhängen der Reichsliste an KPD oder gar SPD eine schlechte ideologische Wirkung auf die Parteigenossen ausübt.

Müller-Breslau kennzeichnet das Parlament als eines der stärksten Vernebelungsinstrumente. Die KPD hätte sich 1919 bei der Festlegung der Beteiligung am Parlament selber den Todesstoß versetzt. Heute sei das mehr denn je wahr geworden, daher könne er die Resolution in bezug auf Aufstellung eigener Listen bei der Reichstagswahl nicht unterstützen. Er lehnt auch die Arbeit in den Gewerkschaften und überparteilichen Massenorganisationen als unfruchtbar ab, da in diesen Organisationen tatsächlich kein gesunder Kern mehr vorhanden sei. Müller legt das Hauptgewicht der Arbeit der Partei auf die Zusammenfassung der Erwerbslosen und schließt seine Ausführungen mit einer nochmaligen grundsätzlichen Ablehnung am Parlament.

Schlußwort des Genossen Zweiling

Aus der Diskussion muß man zwei Punkte als die wichtigsten herausschälen: 1. Die Gewerkschaftsfrage; 2. die Frage des sozialistischen Wirtschaftsprogramms. Der vom Gen. Müller vertretene antigewerkschaftliche Standpunkt ist von allen Genossen abgelehnt worden. Das Argument des Gen. Müller, man zahle den Bonzen die Gehälter und finanziere hierdurch die Stützen des Kapitalismus, so daß wir den bisherigen Standpunkt der SAP zur Gewerkschaftsarbeit nicht mehr aufrecht erhalten können, ist das typischste und am wenigsten geistvollste Argument der RGO bei der Verteidigung ihres Standpunktes. Ich könnte nur noch einmal all das wiederholen, was ich bereits hierzu im Referat sagte. Nur so kann für uns die Frage stehen: Gibt es in den Gewerkschaften und überparteilichen Massenorganisationen Proleten, die im Gegensatz zu den reformistischen Führern den Kampf wollen? Wenn wir das bejahen, dann war unsere bisherige Linie richtig und muß verstärkt und diszipliniert weiter vertreten werden. Es kommt nicht darauf an, jede Schlacht, sondern den Krieg zu gewinnen. Und auch im Falle der Niederlage muß die Konsequenz so sein, daß wir am Ende gestärkt dastehen und das Vertrauen der Massen besitzen. Aber nur die disziplinierte Aktion kann uns vorwärtsbringen.

Ueber die Bedeutung eines sozialistischen Wirtschaftsprogramms soll man sich keine übertriebene Illusion machen. Es ist sicher gut und nützlich, sich darüber Gedanken zu machen, aber was nach der Revolution getan werden muß, das sieht, wie auch Rußland zeigt, nicht in unserem freien Willen, sondern das wird bedingt durch die Gegenkräfte, durch die Umstände, unter denen wir die Macht erobern und ausbauen müssen. Zur propagandistischen Seite eines solchen Programms: Der Glaube an die große sozialistische Idee hat durch die Politik der SPD wie der KPD an Werbekraft ungeheuer verloren. Ihn erst wieder zu schaffen, ist unsere Aufgabe. Das können wir aber nicht mit einem Sozialisierungsprogramm, sondern nur dadurch, daß man die Massen praktisch durch Aufgreifen der kleinen lebenswichtigen Tagesfragen im Kampfe führt, bis an die Mauer, über die es im Kapitalismus nicht mehr hinausgeht, die aber durchschossen werden muß. Nur durch den Kampf kann man den Massen wieder den Glauben an den Sozialismus, das Vertrauen in die gerechte Sache des revolutionären Kampfes geben.

Genossen! Immer den Kopf hoch und gezeigt, daß wir die SAP sind. Die Arbeiterklasse muß sehen, daß wir, die immer verspotteten „Sapler", es sind, die das aussprechen, was ist und was dem Proleten am Herzen liegt. Immer das Gesicht der Partei gezeigt und Schluß mit dem oberflächlichen Gewäsch, uns geht die Klasse über die Partei. Wir stellen doch unsere Partei in den Dienst der gesamten Klasse, wir wissen aber auch, daß die Partei die führende Elite der Klasse sein muß. Darum wird immer die Partei vor der Klasse marschieren, wird immer die Partei über der Klasse stehen. Zuerst und immer zuerst die Partei, denn nur damit können wir der Klasse aus der verfluchten Situation, in der sie heute steht, helfen! (Stürmischer Beifall.)

Nach der Abstimmung, wobei die an der Spitze des Blattes veröffentlichte politische Resolution wie auch der Görlitzer Antrag für schnellste Schaffung eines Wirtschaftsprogramms einstimmig bzw. gegen wenige Stimmen angenommen wurde, fand die Konferenz mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialistische Arbeiterpartei ihr Ende.

Das Programm der sozialdemokratischen Regierung Schwedens

Stockholm, 24. September.

Die neue Regierung hat ihr Programm in einer Erklärung bekanntgegeben, in der es heißt:

Die Zollpolitik der meisten Länder hat zu einer Produktionsverminderung und zu steigender Arbeitslosigkeit geführt. Die Regierung ist überzeugt, daß die Schwierigkeiten nur dadurch überwunden werden können, daß man die schicksalschweren Scheidemauern zwischen den Völkern zerbricht. Die Regierung ist sich dessen bewußt, daß man dabei den Zusammenhang zwischen Einfuhr und Ausfuhr berücksichtigen muß. Die sich in dieser Hinsicht als notwendig erweisenden Maßnahmen müssen jedoch mit größter Vorsicht vorgenommen werden. Als ihre größte innerpolitische Aufgabe sieht es die Regierung an, Mittel zu finden, um den Opfern der Krise zu helfen. Es müssen neue Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden. So muß der Staat produktive Arbeiten von bedeutendem Ausmaße in Angriff nehmen. Weiter müssen Maßnahmen vorbereitet werden, um die Rentabilität der Landwirtschaft zu heben.

Eine geregelte Arbeitslosenversicherung und gebesserte staatliche Rentenversorgung (Sozialversicherung) sind ebenfalls Aufgaben, die zu lösen sind. Erforderlich ist eine strenge Sparsamkeitspolitik. Sie darf aber nicht die produktivsten der öffentlichen Ausgaben treffen, nämlich solche, die dazu beitragen, die körperliche und seelische Gesundheit des Volkes zu schützen. Die Ausgaben für das Verteidigungswesen will die Regierung in Erwartung einer Verteidigungsreform so weit wie möglich begrenzen.

Für unser Land sowohl moralisch wie wirtschaftlich schwer zu tragende Ereignisse (Kreuger-Skandal! Die Red.) haben die Frage einer gesellschaftlichen Kontrolle über die Handhabung der wirtschaftlichen Werte der Nation in den Vordergrund gerückt. Die Regierung wird dieser Frage besondere Aufmerksamkeit widmen.

Die schwedische Außenpolitik soll vor allem auf eine aktive Mitarbeit an den gegenwärtigen Arbeiten zur Begrenzung der militärischen und wirtschaftlichen Rüstungen hinzielen. Die Regierung sieht in der Sicherung der internationalen Zusammenarbeit ein Mittel, um die nationalen Interessen Schwedens wahrzunehmen.

Wer hat da wohl zugestimmt?

Von der Reichskanzlei wird mitgeteilt:

Dem Reichskanzler sind aus Anlaß des durch Rundfunk verbreiteten Regierungsprogramms eine so ungemein große Anzahl von Zustimmungserklärungen aus allen Teilen des Landes zugegangen, daß er sich zu seinem Bedauern außerstande sieht, sie alle persönlich zu beantworten. Er übermittelt daher auf diesem Wege seinen herzlichen Dank allen denen, die sich in der Not des Vaterlandes mit heißem Herzen als Kämpfer in die Reihen der Front „mit Hindenburg für Deutschlands Erneuerung" stellen.

Werbt Abonnenten

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

53) Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Die Hochrufe der Menge umbranden sie.

Und dann steht einer auf einem Mauervorsprung — ein Soldat, der eine lange Strafzeit hinter sich hat. Er will reden, er streckt die Arme aus und würgt. Und dann kann er nur die Faust ballen und fängt an zu weinen und schluchzt und schluchzt. Dabei ist er ein Baum von einem Kerl. Und die Menschen um ihn herum sehen weg und werden still.

Und dann nehmen sie die Befreiten in die Mitte und ziehen weiter — nach dem Bahnhof.

Die Bahnhofswache geht zu dem aufständischen Volk über. Ein Feldwebel, der dazwischentritt, wird verhaftet. Merges und das Komitee der USP sind jetzt auch da. Von einer Plattform des Bahnhofes herunter hält er eine Ansprache. Man sieht nur seine Arme, die wie Windmühlenflügel ausgespreizt dastehen, die er sinken läßt, um sie gleich wieder in die Luft zu heben. Der Mann ist klein und wie zusammengestaucht, er arbeitet wie ein Blasebalg. Mit lauter Stimme brüllt er seine Anklagen in die Nacht hinaus — gegen die Agrarier, die den Krieg dazu benutzt haben, das Volk auszuwuchern, gegen die Industrieherren, die sich an den Leichen der Gefallenen mästen, gegen die Landesversammlung, die nur auf Grund der reaktionären Verfassung Braunschweigs beisammensitzt, deren Tage aber jetzt endgültig gezählt sind . .

Und die Menge setzt sich wieder in Bewegung.

Die an der Hauptpost stationierte Wache schließt sich an. Von der Post bis zum herzoglichen Schloß sind es nur fünf Minuten. Die hohen Fensterfluchten liegen im Dunkeln, nur seitlich sind einige Räume erleuchtet geblieben. Das Volk belagert das Gitter, die Gesichter an die Eisenstäbe gedrückt . . .

Auf der weiten Kiesfläche vor dem Schloß ist die Wache angetreten, zwanzig Mann in Paradeuniform. Wie Zinnsoldaten stehen sie in zwei Reihen, am rechten Flügel der Tambour, drei Schritte weiter rechts der Führer.

„Keine Feindseligkeiten!" hat der Herzog befohlen.

Diese Geste geht so weit, daß die Einfahrtstore am rechten und linken Ende des hohen Schloßzaunes auch in dieser Nacht offen geblieben sind. Durch die beiden Tore leckt jetzt die Menge in breiten Zungen auf den Platz.

Die Matrosen verhandeln mit ihrem Führer. —

Die Wache schließt sich der Menge an.

Kurze exakte Kommandorufe: „Stillgestanden! Das Gewehr über! Präsentiert das Gewehr!"

Die Gewehre gehen an die Schultern hoch, drei weitere Bewegungen, die Soldaten stehen erstarrt im Präsentiergriff, machen die althergebrachte Ehrenbezeugung, nur diesmal nicht vor Seiner Hoheit, dem Herzog, und Ihrer Königlichen Hoheit, der Herzogin, oder vor hohen Besuchern des Hofes, sondern vor dem aufständischen Volk.

Die Matrosen mit den Abgesandten der Demonstration haben sich hinter den Soldaten aufgestellt. Der ehemalige Kapitulant Hermann Rode bemerkt, daß an der Zeremonie noch etwas fehlt — der Tambour rührt die Trommel nicht!

Rode steht hinter dem Tambour:

„Tambour, warum trommelst du nicht?"

Der Tambour trommelt noch immer nicht, erst ein sanfter Fußtritt in den Hintern setzt seine Hände in Bewegung. Und jetzt ist die Zeremonie vollständig: die wirbelnde Trommel, die präsentierten Gewehre, die Rufe des aufständischen Volkes, die an der dunklen Schloßfront hochsteigen bis zu der patinabedeckten Quadriga am First des Hauptportals.

Das Schloß bleibt von den Massen unberührt. Nur der Marstall wird geöffnet, die Wagen und die Pferde des Herzogs herausgeholt und in Dienst genommen.

Für die befreiten Gefangenen, die in ihren dünnen Gefängniskleidern — ein frierendes Häuflein — beieinander stehen und noch immer überrascht und befremdet von dem plötzlichen Getriebe sind, wird eine Geldsammlung veranstaltet. Die eingehende Summe ist nicht groß. Jedermann weiß, daß die Gefangenen damit nicht viel anfangen können. Aber dann wird aus der Menge heraus ein Vorschlag gemacht, der auch die Frage der Unterbringung dieser Opfer der Kriegsjustiz radikal löst.

„Nach dem Parkhotel!" ruft einer.

„Nach dem Parkhotel!" ist die Parole.

Die Gefangenen werden in die beschlagnahmten Wagen hineingesetzt und ins beste Hotel der Stadt gebracht. Eine Abordnung begleitet sie. Die Massen draußen warten, bis man ihnen mitteilt, daß ihre Schützlinge gut untergebracht sind und zu essen und zu trinken bekommen wie jeder andere Gast.

Das Volk hat jetzt den Bahnhof in der Hand. Es hat die Hauptpost besetzt und überwacht den Telephon- und Telegraphenverkehr. Um elf Uhr nachts zieht die Polizei aus den Revieren ab und überläßt auch das Polizeipräsidium den Aufständischen.

Die Bevölkerung kommt noch lange nicht zur Ruhe, noch lange wogen einzelne Züge durch die Stadt.

Ein Trupp kehrt zu dem Gefängnis zurück, um die Insassen der Frauenabteilung herauszuholen, die man vorher vergessen hatte. Auf dem Hagenmarkt und auf dem Kohlmarkt finden noch immer Versammlungen statt. Im Wilhelmsgarten tagt der provisorisch zusammengesetzte Soldatenrat unter dem Vorsitz von August Merges und arbeitet den Aktionsplan für den nächsten Tag aus: Generalstreik, Demonstration von Arbeitern und Soldaten, Absetzung des Herzogs, Ausrufung der Räterepublik.

Am nächsten Tage verläuft alles programmäßig. Die Arbeiter, die teilweise noch in die Fabriken gegangen sind, verlassen sie wieder und folgen der Generalstreikparole. Die sich entwickelnde Demonstration zieht zum Bahnhof, zur Hauptpost, marschiert vor dem herzoglichen Schloß auf und nimmt zuletzt auf dem alten Hagenmarkt Aufstellung. Die Soldaten aus der Husarenkaserne und die Mannschaften der Fliegerabteilung sind zum Volk übergegangen. Aus Hannover und Bremen sind scharenweise Matrosen aufgetaucht.

Ansprachen werden gehalten:

Niederrufe auf das alte System!

Hochrufe auf die junge Freiheit!

Im Wilhelmsgarten sitzt der erweiterte Soldatenrat und formuliert die Abdankung des Herzogs Ernst August von Braunschweig und Lüneburg. Einige Stimmen äußern Bedenken gegen diese Aktion. Aber sie werden von der Mehrheit niedergeschrieen. Die Matrosen fordern stürmisch die Urkunde, um sie dem Herzog sofort zu überbringen.

Der Derfflingermann bedrängt den ersten Vorsitzenden:

„August, gib her das Papier. Wir gehen gleich damit los, da wird gar nicht erst lange geredet!"

„Ich komme mit, Alex!"

„Den Herzog setzen wir ab, das wäre doch gelacht!"

Merges, der Führer der Unabhängigen, sieht die Matrosen der Reihe nach an. Die Stimmen gegen die Abdankung haben ihn nachdenklich gemacht. Vielleicht ist es doch alles zu schnell gegangen und noch verfrüht. Von Berlin ist immer noch keine Parole zum Losschlagen gekommen, auch die übrigen Teile des Landes, mit Ausnahme der Städte an der Wasserkante, haben nichts von sich hören lassen. Und Merges taucht die Feder noch einmal ins Tintenfaß und macht einen Strich durch seinen Namen, den er schon unter die Urkunde gesetzt hat.

Er führt die Deputation auch nicht an und begnügt sich mit der Erklärung, daß aber auch ein Vertreter der Arbeiter dabei sein müsse.

Ein Eisenbahnarbeiter erklärt sich bereit, mitzugehen.

Die drei Matrosen mit dem Arbeiter brechen auf.

(Fortsetzung folgt.)

Werden die Nazi-Zeugen verhaftet?

Vor der Wendung im Berliner Totschlagsprozeß?

Im Prozeß wegen der Bluttaten in der Röntgenstraße wurde am Freitag — ohne daß allerdings diese Frage direkt gestellt worden wäre — das Problem erörtert,

warum auf der Anklagebank nur Kommunisten sitzen und keine Nationalsozialisten.

Schon aus dem Sachverständigengutachten des Professors Brüning hatte sich ergeben, daß von der Seite der Straße, auf der das SA-Lokal liegt, geschossen worden sein muß; aber die Anklagevertretung hatte daraus nur gefolgert, daß sich im Hausflur neben dem Lokal Kommunisten versteckt gehalten hätten! Auf der Anklagebank jedenfalls sitzt kein Nationalsozialist. Dabei hat im Fall „Röntgenstraße" die in vielen politischen Prozessen aufgestellte These, daß die Parteiangehörigen

ihre eigenen Leute totgeschossen hätten,

zum ersten Male viel Wahrscheinlichkeit. Denn durch die Aussage vom Freitag muß als erwiesen gelten, daß auch, und zwar zuerst, von den SA-Leuten, die aus dem nationalsozialistischen Lokal herausstürzten, geschossen worden ist. Der erschossene SA-Mann Gatschke war aber nicht unter denen, die aus dem SA-Lokal kamen. Er befand sich, von einer Versammlung zurückkehrend, in der Mitte der Straße, ging, übrigens ohne Uniform, in der Nähe der Kommunisten, mit denen er Schimpfworte wechselte. Er dürfte es auch gewesen sein, der dann gepfiffen hat. Auf dies Signal hin kamen dann, so sagten am Freitag die Eheleute Engelhardt, die gegenüber auf dem Balkon standen, übereinstimmend aus, SA-Leute aus dem Lokal gelaufen und begannen sofort zu schießen. Ob sie ihre eigenen Leute getroffen haben? Tatsache ist jedenfalls, daß von den Kommunisten, die im Hausflur neben dem Lokal gelauert haben sollten, bisher in dem Prozeß nichts zu hören war.

Die Ehefrau Engelhardt sagt mit aller Bestimmtheit, daß

daß die aus dem SA-Lokal herausstürmenden Männer die ersten Schüsse abgegeben, daß sie sogar eine reguläre Schützenkette gebildet hätten.

Ein Schuß ist direkt neben ihr ins Fenster gegangen. Die Zeugin hat auch den Ruf gehört: „Sie schießen ihre eigenen Leute tot." Später hat sie dann einem Polizeibeamten einen der Nationalsozialisten als Schützen bezeichnet, aber der Beamte hat den Mann wieder laufen lassen.

Die Zeugin wird nun vom Vorsitzenden aufgefordert, sich die Leute auf der Zeugenbank anzusehen, ob der Schütze vielleicht dort sitze.

Zeugin: Nein, aber vorhin auf dem Gerichtsflur habe ich ihn gesehen, er trägt eine Brille.

Vors. (zu einem jungen Mann, der auf der zweiten Zeugenbank sitzt): Setzen Sie mal ihre Brille auf. (Der junge Mann tut das.)

Zeugin:

Jawohl, das ist er.

Ich kann nicht sagen, ob er selbst geschossen hat, aber er war unter den Schützen.

Der junge Mann muß daraufhin vortreten. Es ist der Nationalsozialist Dubilczek, der bereits am Vortag vernommen worden ist. Er hat damals ausgesagt, er hätte Posten gestanden und sei in dem Moment, in dem die Kommunisten angefangen hätten zu schießen, ins Lokal gelaufen. Das erklärt er auch jetzt. Frau Engelhardt wiederholt aber ihre Behauptung in sehr bestimmter Form und ruft ihm, als er bestreitet, zu:

„Sie lügen mir ja direkt ins Gesicht."

Der Ehemann Engelhardt erkennt den Zeugen ebenfalls wieder. Er sagt aus, Dubilczek sei unter den ersten gewesen, die aus dem Lokal herauskamen, und er habe eine Pistole in der Hand gehabt.

Vors.: Können Sie sich da nicht irren?

Zeuge Engelhardt:

Nein, er hat bestimmt geschossen.

Frau Engelhardt wird dann von den Vertretern der nationalsozialistischen Nebenkläger in ein Kreuzfeuer von Fragen genommen, ohne daß sich irgendwelche Widersprüche in ihrer Aussage ergeben. Auf Fragen der Verteidigung berichtet sie von den scheußlichen Mißhandlungen, die die SA-Männer vom Sturm 33 schon seit langem an harmlosen Passanten verübt haben und von der Bedrohung der ganzen Gegend durch das SA-Lokal.

*

Am Sonnabend wurde die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Die belastenden Aussagen, die am Freitag der Zeuge Engelhardt gegen eine Reihe von nationalsozialistischen Zeugen mit größter Bestimmtheit gemacht hat, werden, wie verlautet, nicht ohne Folgen bleiben. Die Staatsanwaltschaft will sich noch darüber schlüssig werden, ob gegen die schwer belasteten SA-Zeugen vorgegangen werden soll. Es handelt sich dabei um drei Nationalsozialisten mit den kerndeutschen Namen Kwiatkowski, Dubilczek und Lorenz-Kopczek.

In der Verhandlung am Sonnabend wurden die Kriminalkommissare darüber vernommen, wie bei der Polizei die Gegenüberstellung von Festgenommenen und Zeugen erfolgt. Aus ihren Aussagen geht hervor, daß

die Bekundungen der Zeugen bei der Wiedererkennung der angeblichen Täter recht schwankend

waren.

Seltsam ist

die Methode, nach der man den Zeugen die Bilder vorgelegt hat.

Man hat die Bilder mit dünnem Schreibmaschinenpapier bedeckt, um die Photographien möglichst undeutlich zu machen! Der Kriminalbeamte sagt, gerade das wäre ein Prüfstein gewesen. Wenn die Zeugen die Bilder auch durch das Papier hindurch erkannt hatten, dann sei das ein besonders sicheres Verfahren! Die Verteidigung stellt fest, daß man das auch anders auslegen könne, und eine längere Diskussion erhebt sich darüber, ob dies Verfahren bei der Polizei allgemein üblich sei. Die Kriminalbeamten verweigern darüber die Aussage, weil es sich um ein Dienstgeheimnis handle, und die Verteidigung stellt den Antrag, bei der Polizei um Aussagegenehmigung in diesem Falle nachzusuchen.

Es kommt dann zu einem bemerkenswerten Zwischenfall. Der Vorsitzende stellt fest, daß die Hauptbelastungszeugin Frau Gericke den Saal verlassen habe und läßt sie mit der Bemerkung zurückrufen, Rechtsanwalt Kameke, der Vertreter der nationalsozialistischen Nebenkläger, wäre gerade vor der Frau Gericke hinausgegangen, und sie dürfe den Saal ohne seine ausdrückliche Erlaubnis nicht verlassen. Anscheinend fürchtet jetzt auch das Gericht eine

Zusammenarbeit zwischen Zeugen und nationalsozialistischen Anwälten,

nachdem bereits am Freitag derartige Konferenzen auf dem Gerichtsflur Aufsehen erregt haben.

Es kommt weiterhin zu erregten Zusammenstößen wegen einer Bemerkung des Rechtsanwalts Litten, die Schreibmaschinenpapiermethode sei nur im Falle Röntgenstraße angewendet worden, um die Zeugen irre zu führen.

Staatsanwalt: Ich bitte diese Bemerkung zu protokollieren. Sie stellt eine Beleidigung der Polizei dar.

Auch der Vorsitzende bemerkt, daß Rechtsanwalt Litten der Polizei einen ungeheuerlichen Vorwurf gemacht habe. Im übrigen will Landgerichtsdirektor Tolk von der Protokollierung abgehen, weil nimand mehr weiß, wie der Wortlaut der Littenschen Aeußerung gewesen sei.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung stellt dann die Verteidigung u. a. den Antrag, den gesamten Sturm 33 als Zeugen zu laden.

Streik im Stahlwerk Haspe siegreich

(Eigener Bericht der SAZ)

Hagen, Westf., 25. September.

Wie bereits berichtet, trat die Belegschaft des Gußstahlwerks Wittmann in Hagen-Haspe in den Streik, weil die Direktion auf Grund der Notverordnung zur Vermehrung und Erhaltung von Arbeitsgelegenheiten vom 5. September einen zehnprozentigen Lohnabbau mit Wirkung vom 15. September angekündigt hatte. Da die Aktion von der Gesamtbelegschaft einheitlich durchgeführt wurde, sah sich die Direktion heute genötigt, von den beabsichtigten Maßnahmen abzusehen und die Erklärung abzugeben „. . . daß es bei augenblicklicher Kenntnis der Dinge am Platze ist, in der Ausführung der Verordnung vorläufig eine abwartende Haltung einzunehmen." (!!) Aus der Erklärung geht weiter hervor, daß die Verwaltung die angekündigte Arbeitszeitverkürzung und damit zusammenhängende Lohnreduzierung aufhebt. Nachdem die Firma zugesichert hatte, daß die entlassenen Arbeiter wieder eingestellt werden sollen und das Lohnverhältnis als nicht unterbrochen betrachtet wird, nahm die Belegschaft die Arbeit wieder auf.

Die Erfahrung dieses Streiks lehrt, daß nicht nur, wie die reformistischen Gewerkschaftsführer fälschlich behaupten, in der Krise Streiks aussichtslos sind, sondern daß auch Teilstreiks, dort, wo sie einheitlich geführt und organisiert werden, von Erfolg sind.

Dm.

Kampf der Wohlfahrtsarbeiter

(Eigener Bericht der SAZ)

Herford, 25. September.

Die sozialdemokratische Landesregierung für das Lipperland hatte unter Berufung auf die Papensche Notverordnung ab 1. September die Unterstützungssätze der Wohlfahrtsarbeiter gekürzt. In einer großen Anzahl von Gemeinden waren daraufhin die Wohlfahrtsarbeiter in den Streik getreten, der Streik nahm einen immer größeren Umfang an, so daß heute insgesamt 2000 Arbeiter von der Streikbewegung erfaßt werden. Einige Städte haben jetzt unter dem Druck dieser Massenbewegung zum Teil ihre anfänglichen Maßnahmen der vollständigen Einstellung jeder Unterstützungszahlung rückgängig gemacht und zahlen die alten Unterstützungssätze weiter.

Im Kreis Detmold, in welchem man für den Monat September für jedes Ehepaar den Unterstützungssatz um 10 Mk. gekürzt hatte, wurden bereits 5 Mk. nachgezahlt und für den 1. Oktober der alte Unterstützungssatz wieder in Aussicht gestellt. Die Stadt Detmold zahlt die alten Unterstützungssätze weiter. Die Stadt Lemgo hat für die Wohlfahrtserwerbslosen drei Kilowattstunden Licht und 50 Prozent des Gas- und Wassergeldes bewilligt. Der Streik geht weiter mit dem Ziel, auch in allen anderen Gemeinden des lippischen Landes die weitere Auszahlung der alten Unterstützungssätze zu erreichen. Er hat sich in den letzten Tagen auf insgesamt 28 Orte ausgedehnt.

Dm.

Erfolgreiche Lohnraub-Abwehr bei Voigtländer

Braunschweig, 25. September.

(Eigener Bericht der SAZ)

Die Firma Voigtländer hatte als erste in Braunschweig der Belegschaft durch Anschlag bekanntgegeben, daß sie die Papen-Notverordnung sofort durchzuführen gedenke. Dieser Ueberrumpelungsversuch scheiterte aber an der einmütigen Ablehnung der gesamten Belegschaft. In einer geheimen Urabstimmung entschieden sich 665 Arbeiter für Streik, 29 (!) dagegen. Daraufhin zog die Direktion sofort den geplanten Lohnabbau zurück. Die Arbeit geht zu den alten Bedingungen weiter.

Leider konnte es sich die KPD auch in dieser ernsten Situation nicht verkneifen, ihr Parteisüppchen zu kochen. Sie beschuldigte in einem vor dem Betrieb verteilten Flugblatt den Betriebsratsvorsitzenden, unseren SAP-Genossen Helmrich, in unehrlicher Weise des Paktierens mit der Direktion. Die unwahren Behauptungen konnten vor der gesamten Belegschaft niedriger gehängt werden. Sie bewies unserem Genossen ihr Vertrauen, indem sie sich hinter ihn und seine Vorschläge stellte.

Der Holzarbeiterverband im Jahre 1931

Das Jahrbuch des Deutschen Holzarbeiterverbandes für das Jahr 1931 ist, 250 Seiten stark, jetzt erschienen. Vorsitzender dieses Verbandes ist der Apostel der Wirtschaftsdemokratie und Leibarzt des kranken Kapitalismus, Fritz Tarnow. Er ist der Mann, der am 1. Juni 1931 auf dem Leipziger Parteitag der SPD das Hauptreferat hielt und dort bereits den „Silberstreifen einer neuen Konjunktur" schimmern sah. Er sagte wörtlich: „Die starke Senkung der Zinssätze und der Rohstoffpreise sind nach allen früheren Krisenerfahrungen auch schon die sichtbaren Anzeichen dafür, daß ein Umschwung sich vorbereitet."

Zu der Zeit, als er das aussprach, waren 47 Prozent der Verbandsmitglieder erwerbslos. Nach einem halben Jahre, im Dezember 1931, waren, trotz des gesichteten „Silberstreifens", 62 Prozent der Mitgliedschaft erwerbslos, wozu noch 10 Prozent Kurzarbeiter kamen. Vollarbeiter waren noch 28 Prozent vorhanden, wobei die Lehrlinge mit eingerechnet sind. Ende August 1932 sind sogar 77 Prozent Erwerbslose und Kurzarbeiter. Die Mitgliederzahl des Verbandes ging von 299 000 auf 269 000, also um 10 Prozent, zurück.

Bezeichnend für die Lage der deutschen Arbeiterklasse ist, daß im Jahre 1931 zum erstenmal seit dem Jahre 1895

kein einziger Angriffsstreik

geführt wurde. Selbst in den Kriegsjahren wurden Angriffsstreiks durchgeführt. Daß die große Erwerbslosigkeit die finanzielle Kraft des Verbandes stark lähmte, ist selbstverständlich. Die Einnahmen betrugen im Berichtsjahr 5 652 000 Mark, die Ausgaben dagegen 10 105 000 Mark. Die hauptsächlichsten Ausgabenposten sind: Arbeitslosenunterstützung 4 707 000 Mark, Streik und Aussperrung 1 892 000 Mark, Invalidenunterstützung 888 000 Mark. (Die bisher genannten Zahlen beziehen sich alle nur auf die Hauptkasse.)

Die Zahl der Verbandsangestellten betrug am Schluß des Berichtsjahres 273 einschließlich Lokalangestellten und Stenotypistinnen. Die Verwaltungskosten persönlicher Art betrugen 1 256 049 Mark, sachlicher Art 635 455 Mark, zusammen 1 891 604,63 Mark, d. h. 18,7 Prozent der Gesamtausgaben (jetzt Haupt- und Lokalkassen).

Die Tariflöhne gingen vom Höchststand (31. 12. 1929), in der Lohnklasse I 1,27 Mark (Spitzenlohn), auf 99 Pf. zurück (1. 4. 1932). Daß die festgelegten Tarifsätze heute vielfach nur auf dem Papier stehen, wissen die Holzarbeiterkollegen am besten, denn gerade in der Holzindustrie mit den vielen Klein- und Mittelbetrieben ist die Durchführung der Tarifverträge sehr schwer zu kontrollieren.

Eine für uns sehr interessante Feststellung wird auf Seite 13 des Jahrbuches gemacht. Da wird berichtet, daß der Produktionsrückgang in der ganzen Welt seit 1929 30 Prozent beträgt, und wenn man Rußland ausschaltet, sogar 38 Prozent. Demnach muß es in Rußland sehr gut vorwärts gehen.

Zum Kapitel Ausschlüsse wird mitgeteilt, daß vom Hauptvorstand im Jahre 1931

114 Ausschlüsse vollzogen

wurden, davon 86 wegen RGO-Sachen und 6 wegen Mitgliedschaft bei der Nazipartei. Es wird Aufgabe unserer Genossen und aller oppositionellen Mitglieder sein, darauf hinzuwirken, daß die Paragraphen 93—97 des Statuts, wo die Ausschlußbestimmungen festgelegt sind, geändert werden. Es muß durchgesetzt werden, daß alle Ausschlußanträge, ehe sie an den Hauptvorstand gehen, erst in der Verwaltungsstelle durch ein paritätisches Schiedsgericht gehen müssen.

Auf Seite 24 wird bitter über den rigorosen Lohnabbau durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 geklagt. Es wird aber verschwiegen, daß die größte deutsche Arbeiterpartei, die SPD, diesen gewaltigen Lohnraub toleriert hat. Daraus werden keine Konsequenzen gezogen. Im Gegenteil, auf der Seite 111 wird die SPD als die „für uns allein gegebene Partei" bezeichnet. Gegen diese Verkoppelung der Gewerkschaften mit den Parteiinteressen der SPD muß jeder Verbandskollege im Interesse der Gewerkschaft ankämpfen. Besonders notwendig ist das im Holzarbeiterverband, denn der Zusammenbruch des Reformismus zeigt sich hier am deutlichsten. Es war doch der Vorsitzende Tarnow, der 1928 in seiner Broschüre „Warum denn arm sein?" die durch die inzwischen eingetretenen Tatsachen vollkommen widerlegte Auffassung vertrat, daß es bei einem „vernünftigen" Kapitalismus, wie in Amerika, keine Krisen mehr geben und der Lohn, wie auch der Wohlstand aller Arbeiter immer mehr steigen wird, daß also die Arbeiter auch in der kapitalistischen Wirtschaft „nicht arm" sein werden. Auf Grund dieser heute für jeden Arbeiter sichtbar bewiesen falschen reformistischen Auffassung wurde die ganzen Jahre eine grundfalsche Politik gemacht. Darum: Radikale Kursänderung!

Daß im Kampf gegen diese katastrophale reformistische Politik Erfolge möglich sind, hat sich in Breslau gezeigt. Bei der Delegiertenwahl zum Verbandstag 1932 erhielten die Oppositionskandidaten (ein SAP- und ein KPO-Kollege) über 42 Prozent der Stimmen.

Unter dem Zwang der wirtschaftlichen Verhältnisse sieht sich die Verbandsleitung genötigt, sogar der Frage über Aufnahmen von Erwerbslosen in den Verband, was von uns schon lange gefordert wurde, näherzutreten. Die „Holzarbeiterzeitung" hat bereits eine Zuschrift, welche das fordert, aufgenommen.

Das Jahrbuch zeigt, daß die Gewerkschaftsbewegung auf einem sehr tiefen Punkt angelangt ist, daß große Massen das Vertrauen zu den Gewerkschaften verloren haben. Aufgabe der revolutionären Kollegen wird es sein, den Weg zu zeigen, der aus dieser Vertrauenskrise führt und die Gewerkschaften wieder zu einem machtvollen Bollwerk der Arbeiterklasse macht.

Arbeitersportler gegen Arbeitsdienst!

Heidenau (Sachsen), 26. September.

In der außerordentlichen Versammlung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes Heidenau stand im Mittelpunkt die Frage, ob die sich notwendig machende Erweiterung des Sportplatzes auf dem Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes oder durch die freiwillige ehrenamtliche Mitarbeit der Mitglieder erfolgen sollte. Nach einer längeren, in kameradschaftlicher Weise geführten Diskussion über die politische Seite des freiwilligen Arbeitsdienstes und seine Auswirkung für die proletarische Jugend wurde gegen 2 Stimmen bei Stimmenthaltung der Mitglieder des Bauausschusses die Anwendung des freiwilligen Arbeitsdienstes abgelehnt. Die Diskussion, die stark zur politischen Klärung beigetragen hat, wurde von unseren Genossen ausgiebig bestritten.

Eine Wonne für Kriegsberichterstatter

La Paz, 26. September.

WTB. „Associated Press" berichtet: Nach Meldung aus Asuncion soll ein bolivianisches Bataillon, das aus jungen Studenten aus La Paz bestand, im Chaco von paraguayschen Streitkräften „völlig vernichtet" worden sein. Das Bataillon befand sich auf dem Marsche von Arce nach dem Fort Boqueron, wo seit nahezu zwei Wochen heftige Kämpfe im Gange sind.

Chaco-Konflikt geht weiter

La Paz, 24. September.

Bolivien hat in einer Note an die Neutralen die Bedingungen, unter denen sich Paraguay am 17. September bereit erklärt hat, den Vorschlag der neutralen amerikanischen Mächte anzunehmen, abgelehnt, da sie nur eine Verschleppung des Chaco-Konfliktes bedeuteten.

Asuncion, 26. September.

(Reuter.) Wie das Kriegsministerium mitteilt, haben die Streitkräfte Paraguays das Fort Falcon wiedererobert.